

Ostturkestan? - Xinjiang? - Uyghurestan?

Friederich, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Friederich, M. (1995). *Ostturkestan? - Xinjiang? - Uyghurestan?* (Sonderveröffentlichung / BIOst). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49004>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon

0221/5747-0,

Telefax

0221/5747-110

Inhalt

Seite

Vorbemerkung

.....
4

1. Geschichtlicher Hintergrund

.....
6

1.1 Vorgeschichte.....6

1.2 Der Begriff uyghur.....7

1.3 Versuche staatlicher Selbständigkeit und ihre Protagonisten.....8

1.4 Entwicklung nach 1945.....12

2. Die gegenwärtige Lage und die Beziehungen der verschiedenen Nationalitäten untereinander

.....
14

2.1 Demographische Entwicklungen.....14

2.2 Der "goldene Westen".....15

2.2.1 Bodenschätze.....16

2.2.2 Handel und Handwerk.....17

2.2.3 Städtebauliche Veränderungen.....18

2.3 Die uyghurische Identitätsfrage.....18

2.3.1 Lokalpatriotismus.....18

2.3.2 Das uyghurische "Nationalbewußtsein" und die Konflikte mit den Hanchinesen.....20

2.3.3 Die Auseinandersetzung der Regierung mit uyghurischen Nationalisten im Exil und zu Hause.....21

2.3.4 Übernationale Ausrichtung.....22

2.4 Verhältnis der verschiedenen nicht-hanchinesischen Nationalitäten untereinander.....23

2.5 Schul- und Bildungspolitik.....26

Ausblick

.....
29

1. Juni 1995

Der Verfasser ist Turkologe an der Universität Bamberg.

Redaktion: Anna Eckner und Gudrun Wacker

Michael Friederich

Ostturkestan? - Xinjiang? - Uyghurestan?

Sonderveröffentlichung des BIOst 1995

Einer von uns ist der ältere Bruder,
Einer von uns ist der jüngere Bruder,
Eine von uns ist die ältere Schwester,
Und eine von uns ist die jüngere Schwester.
So sind wir alle Geschwister,
Vereint und einträchtig.
Unsere Mutter ist China, die allerliebste Heimat.¹

Vorbemerkung

Die im vorliegenden Artikel gemachten Aussagen beruhen auf Einschätzungen, die ich bei Aufhalten in Xinjiang und Gesprächen mit Angehörigen der dort lebenden Nationalitäten in den Jahren 1986, 1987-1989, 1993 und 1994/95 gewonnen habe. Nach einer ersten Reise nach Xinjiang im Sommer 1986 gab mir ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes die Möglichkeit, für zwei Jahre, von September 1987 bis Oktober 1989, an der Xinjiang University in Ürümchi zu studieren. In Ürümchi selbst lernte ich in dieser Zeit vor allem Uyghuren und Kasachen kennen. Da meine Chinesischkenntnisse sehr beschränkt sind, waren Kontakte mit Hanchinesen und Tunganen (Hui) nur möglich, wenn diese Uyghurisch, Kasachisch oder Englisch sprachen. Der überwiegende Teil der in Ürümchi aufgewachsenen Hanchinesen und Tunganen (Hui) beherrscht keine der Lokalsprachen Xinjiangs (Uyghurisch, Kasachisch, Kirgisisch, Tadschikisch, Mongolisch, etc.). Unter den in einer ländlichen Umgebung gemeinsam mit Angehörigen lokaler Nationalitäten aufgewachsenen Hanchinesen und Tunganen gibt es jedoch viele, die die entsprechende Lokalsprache gut beherrschen, und zwar im Fall des Uyghurischen meist die vor Ort gesprochene Dialektvariante, nicht die Literatursprache und auch nicht die uyghurische Schrift. Die meisten meiner Bekannten und Freunde in Ürümchi waren Intellektuelle im weitesten Sinne des Wortes: Studenten, Hochschullehrer, Schriftsteller, Künstler, Mitarbeiter bei Radio und Fernsehen, Journalisten und Zeitschriftenredakteure. Ich kannte jedoch auch Händler, Verkäuferinnen, Kaufleute, Hotelangestellte und Besitzer von Wirtshäusern. Ihr Altersspektrum reichte von Anfang zwanzig bis über siebzig.

Da ich ursprünglich geplant hatte, über uyghurische Dialekte zu arbeiten, bereiste ich in diesen zwei Jahren ganz Xinjiang und hielt mich dabei nicht nur in Städten, sondern auch in teilweise sehr abgelegenen Dörfern auf. In den meisten Fällen wohnte ich auf diesen Reisen bei Verwandten oder Bekannten meiner Freunde aus Ürümchi. Diese Kontakte machten viele Reisen erst möglich und gaben mir außerdem die Gelegenheit, das Leben vor allem der uyghurischen, teilweise auch der

¹ Auszug aus dem Gedicht "Wir sind echte Brüder" von Tömür Davamät (in: *Tarim* [Ürümchi] 1990, Nr. 4, S. 8). Tömür Davamät war bis Ende 1993 Vorsitzender Xinjiangs.

kasachischen und tadschikischen, Landbevölkerung direkt mitverfolgen zu können.

Leben, Denken und Vorstellungen der uyghurischen Landbevölkerung unterscheiden sich stark von denen der städtischen uyghurischen Bevölkerung. Und obwohl es fast immer die städtischen "Eliten" sind, die die öffentliche Wahrnehmung bestimmen und somit im Zentrum des politischen Interesses stehen, scheint es mir vor allem bei den Uyghuren unzulässig zu sein, den Großteil der Bevölkerung - und das sind nach wie vor die auf dem Land Lebenden - in der Darstellung der politischen, sozialen und kulturellen Situation sowie deren Bewertung nicht zu berücksichtigen. Für die im folgenden Artikel hauptsächlich behandelten Fragen der uyghurischen Identität und der Nationalitäten- bzw. Nationalismusproblematik in Xinjiang ergeben sich unterschiedliche Bilder, je nachdem, ob man sich in der Darstellung auf die städtische uyghurische Bevölkerung beschränkt oder auch die Landbevölkerung mit einbezieht. Bei meinen Reisen in Xinjiang, sowohl im Norden als auch im Süden und Osten der Provinz, gewann ich folgende Eindrücke:

1. Das uyghurische Nationalgefühl ist nur sehr schwach ausgeprägt, vor allem im Südwesten Xinjiangs, wo die Mehrheit der Uyghuren leben. Unter der "einfachen" Bevölkerung ist das Gemeinsamkeit stiftende Element die Religion. (Bei Streitigkeiten zwischen Uyghuren ist der gängige Ausdruck, mit dem versucht wird, zu schlichten "Wir sind doch alle Muslime!" - *Biz hämmimiz musulman!*)
2. Das religiöse Bewußtsein der uyghurischen Landbevölkerung hat nichts gemein mit dem politisierten Islam, wie er von Islamisten im Vorderen Orient propagiert wird. Man ist Muslim genauso, wie man in der westlichen Welt Christ ist.
3. Der Lokalpatriotismus ist stärker als das gesamtuyghurische Nationalitätsgefühl.
4. Auf uyghurischen Dörfern gibt es so gut wie keine national bestimmten Auseinandersetzungen zwischen Uyghuren und Hanchinesen. Das hat zwei Gründe: Erstens leben in vielen Dörfern entweder nur Uyghuren oder nur Hanchinesen, so daß es nur wenig Kontakte gibt. Zweitens sind die meisten Hanchinesen, die zusammen mit Uyghuren in einem Dorf leben, schon sehr lange dort. Streitigkeiten, die sich ergeben, haben keine ethnischen Ursachen, sondern sind privater oder wirtschaftlicher Natur, wie sie auch unter Uyghuren vorkommen. Worüber sich allerdings viele uyghurische Landbewohner beklagen, ist der Zuzug von Hanchinesen in landwirtschaftliche Staatsbetriebe, die dadurch erweitert werden und die ohnehin schon knappen Wasserreserven Xinjiangs über ein ökologisch sinnvolles Maß hinaus ausbeuten. Die daraus entstehende Unzufriedenheit unter den Uyghuren hat in erster Linie wirtschaftliche Gründe. Sie kann aber bei entsprechender Propaganda leicht in nationale Gefühle umgemünzt werden.

Mit der folgenden Darstellung möchte ich versuchen, das fast durchgängig einseitige Xinjiang-Bild zu korrigieren. Es ist mir wichtig zu zeigen, daß keiner der beiden Pole der Wirklichkeit Xinjiangs gerecht wird: weder die offizielle chinesische (und damit auch offiziell uyghurische) Darstellung, die die Nationalitäten der VR China als eine glückliche Völkerfamilie zeigt, noch die Darstellung uyghurischer Nationalisten, die eine vereinte und nationalbewußte uyghurische Nation postuliert und diese den Hanchinesen konträr gegenüberstellt. Daß auch einigermaßen seriöse westliche Presseorgane wie beispielsweise der "Spiegel" Äußerungen uyghurischer Nationalisten unkommentiert und zustimmend wiedergeben,¹ halte ich nicht nur für unverantwortlich, sondern auch für gefährlich. Damit wird eine Situation suggeriert, die mit der Wirklichkeit vor Ort nicht

¹ Überschriften wie "Ausrotten wie die Pandabären" (*Spiegel*, 1990, Nr. 19, 7.5.1990, S. 188), die, wie erst am Ende des Artikels ersichtlich, von dem exiluyghurischen Führer Isa Jusuf Alptekin stammen, tragen sicher nicht zum Verständnis der Situation in Xinjiang bei.

übereinstimmt.

1. Geschichtlicher Hintergrund

Um die aktuelle Wirklichkeit Xinjiangs zu verstehen, ist es unerlässlich, sowohl die jüngere Geschichte dieser Region zu kennen, als auch die verschiedenen Facetten der Gegenwart zu beleuchten.

Gegen Ende Oktober 1949 wurde Xinjiang "befreit". Xinjiang, oder besser seine Bevölkerung, befreite sich also nicht selbst. Und so drängt sich die Frage auf, was oder wer denn da durch wen, wovon und wofür befreit wurde.

Befreit wurde die mit 1,66 Mio. km² größte Provinz Chinas, die heute offiziell "Autonome Region Xinjiang Uyghur" heißt. Befreit wurden etwa 3,3 Millionen Uyghuren, ca. 445.000 Kasachen, ca. 65.000 Kirgisen und außerdem noch knapp 300.000 Hanchinesen und etwa 125.000 chinesische Muslime (Hui oder Tunganen). Befreit wurden sie durch die Erste Feldarmee der Volksbefreiungsarmee unter General Wang Zhen. Befreit wurden sie von der Herrschaft der Nationalchinesischen Regierung unter Chiang Kai-shek, bzw. deren Repräsentanten vor Ort. Hinweggefegt wurde damit, so die offizielle Darstellung, die Jahrhunderte andauernde Unterdrückung der Massen. Befreit wurden sie, so die postulierte Absicht, für die Errichtung einer gerechten, sozialistischen Gesellschaft.

1.1 Vorgeschichte

Die Provinz, die heute Xinjiang heißt, hieß nicht schon immer so und heißt auch heute noch nicht für alle so. Wenn bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in Europa von dem Gebiet südlich des Tianshan-Gebirges, das heute Süd-Xinjiang ist, die Rede war, sprach man von "Klein-Buchara", im Gegensatz zu "Groß-Buchara", das in etwa dem heutigen Usbekistan und Teilen Tadschikistans entsprach. Erst ab Anfang des 19. Jahrhunderts wurden, zuerst in England, die Bezeichnungen Ostturkestan bzw. Westturkestan gebräuchlich.¹ In China selbst hieß das Gebiet bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts einfach "Westliches Gebiet" (*xiyu*). Noch in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts war die Angliederung oder das Aufgeben "Sinkiangs" eine umstrittene innenpolitische Frage in China.² Diese wurde dann 1884 aus chinesischer Sicht endgültig beantwortet: Unter dem Namen "Neue Grenze / Neues Grenzgebiet" (Xinjiang) bekam das Gebiet den Status einer regulären Provinz und wurde somit zu einem festen Bestandteil des chinesischen Reiches, das zu jener Zeit noch von der nicht-hanchinesischen Dynastie der Mandschu beherrscht wurde (1644-1911). Um ihren Anspruch auf das neue Grenzgebiet zu bestärken, plante die chinesische Zentralregierung die verstärkte Ansiedlung von Hanchinesen in der Provinz. Uyghurische Nationalisten sahen

¹ Reiner Olzsch u. George Cleinow: *Turkestan. Die politisch-historischen und wirtschaftlichen Probleme Zentralasiens*, Leipzig, zweite Auflage o.J. [erste Auflage: 1936], S. 8.

² Han-jung Ziemann: *Die Beziehungen Sinkiangs (Ostturkestan) zu China und der UdSSR 1917-1945*, Bochum 1984, S. 26.

hierin den Beginn der "Sinisierung" (*chinlashturmaq*).¹ Zumindest was die Zusammensetzung der Nationalitäten in der Provinz angeht, waren diese Bemühungen nicht erfolgreich, machte die einheimische Bevölkerung doch noch Ende der 40er Jahre dieses Jahrhunderts fast 95 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.²

1.2 Der Begriff uyghur

Die Nationalität, die bis Ende der 40er Jahre dieses Jahrhunderts die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des "Neuen Grenzgebiets" ausmachte, wurde nicht schon immer als "Uyghur" bezeichnet. Der Begriff "Uyghur" als Ethnonym wurde erst 1921 wiedererfunden. Bis dahin waren die Uyghuren nur bekannt als die herrschende Schicht eines turksprachigen Reiches, das sein Zentrum im Gebiet der nördlichen Mongolei hatte und in der Mitte des neunten Jahrhunderts ausgelöscht wurde. Ein Teil der Bevölkerung dieses uyghurischen Reiches wanderte südwärts und siedelte dann vor allem im Süden der heutigen Provinz Xinjiang, wo sie sich mit der dortigen, hauptsächlich iranischen, Bevölkerung vermischte.

"Uyghur" zur Bezeichnung einer Nationalität wurde dort wiederentdeckt, wo Nationalitäten - und sei es nur zur Realisierung der altbekannten Methode des *divide et impera* - eine wichtige Rolle im politischen Geschehen spielten: nicht etwa im "Neuen Grenzgebiet", sondern im inzwischen sowjetischen Teil Zentralasiens, auf einer Konferenz "uyghurischer" Intellektueller in Tashkent. Es dauerte jedoch auch im sowjetischen Zentralasien noch ein paar Jahre, bis sich die neue Nationalitätenbezeichnung durchgesetzt hatte. Bis in die Mitte der 20er Jahre ist in den russischen bzw. sowjetischen Statistiken nie von einer einzigen Nationalität der Uyghuren die Rede, sondern immer von den Taranchi, den "Uyghuren", die ursprünglich aus dem nördlichen Teil von Xinjiang stammten, und den Qāshqārlik, den "Uyghuren", die ursprünglich aus dem südlichen Teil Xinjiangs stammten.³ Reiner Olzscha, ein der völkischen Ideologie Nazideutschlands nahestehender Autor, führte Anfang der 30er Jahre aus, daß, schlimmer noch als in Westturkestan, die Einwohner Ostturkestans "bis zuletzt jedes Gefühl einer wenn auch nur losen Zusammengehörigkeit vermissen ließen, [...]." Und weiter: "Es ist nicht uninteressant, daß in der einheimischen Bevölkerung [Xinjiangs] ein Ausdruck für die Gesamtheit [d.h.: Xinjiang] fehlt, sondern nur kleinste Provinzialbezeichnungen vorhanden sind."⁴

Was Olzscha hier "kleinste Provinzialbezeichnungen" nennt, sind die Namen der großen Oasenstädte in Süd-Xinjiang, das bis in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts in Europa und auch vor Ort selbst "Sechs Städte" (*altä shähär*) genannt wurde. Die sechs Städte sind: Chotän, Jäkän (Yarkant), Qāshqār (Kashgar), Aqsu, Kucha und Qarashähär. Die Bewohner dieser Städte und der zu ihnen gehörenden Dörfer nannten sich Chotänlik, Jäkänlik, Qāshqārlik, etc. Nicht in diese Einteilung passen die Uyghuren aus dem Osten Xinjiangs, aus Turpan (Turfan) und Qumul, sowie die

¹ Polat Qadiri: *Ölkä Tarixi* (Geschichte des Gebiets [Ostturkestans]), o.O. [Altaj], o.J. [1948], S. 38.

² Diese Angabe machte Zhang Zhizhong, der Gouverneur der Provinz, 1946 gegenüber Journalisten in Nanjing, siehe: Andrew D.W. Forbes: *Warlords and Muslims in Chinese Central Asia. A political history of Republican Sinkiang 1911-1949*, Cambridge 1986, S. 200.

³ Ingeborg Baldauf: *Schriftreform und Schriftwechsel bei den muslimischen Russland- und Sowjettürken (1850-1937)*, Budapest 1993, S. 441.

⁴ Reiner Olzscha u. George Cleinow (o.J.), S. 28 und 105.

Uyghuren aus dem Norden der Provinz, vor allem aus dem Ili-Tal, die bereits erwähnten Taranchi.

1.3 *Versuche staatlicher Selbständigkeit und ihre Protagonisten*

Diese Dreiteilung Xinjiangs und der Uyghuren gilt nicht nur geographisch, sie bestimmte und bestimmt teilweise auch heute noch das Selbstverständnis der Uyghuren und ihre Sichtweise der jeweils anderen. Deutlich wird das an den verschiedenen Versuchen in den 30er und 40er Jahren, selbständige, unabhängige Staaten in Xinjiang zu bilden. Keiner dieser Staaten trug das Ethnonym "Uyghur" in seinem Namen, was seinen Grund sicher nicht in dem Anspruch hatte, die lokale Bevölkerung Xinjiangs (Uyghuren, Kasachen, Tunganen, Mongolen, etc.) in ihrer Gesamtheit zu repräsentieren, sondern vielmehr in der unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung dieser Staaten und in dem nach wie vor fehlenden uyghurischen Nationalbewußtsein.

Der erste Versuch, einen unabhängigen Staat in Xinjiang zu gründen, hatte seinen Ausgangspunkt in Qumul, im äußersten Osten Xinjiangs. Im Frühjahr 1931 kam es dort zu Aufständen der lokalen Bevölkerung, die sich rasch ausweiteten. Zwei Jahre später, im Frühjahr 1933, war, abgesehen von einigen Garnisonen, ganz Süd-Xinjiang in der Hand der Aufständischen, deren Anführer nun nicht mehr aus Qumul stammten, sondern vor allem aus Chotän, einer Stadt ganz im Südwesten der Provinz. Am 12. November 1933 wurde dann in Kashgar die "Republik Ostturkestan" (*Shärqi Turkestan Dshumhurijiti*) ausgerufen. Ihr politisches Credo beschreibt Andrew D.W. Forbes so:

The domestic policy [...] was directed towards the establishment of a radical Islamic system, based on the Shari'a but encompassing certain educational, economic and social reforms, whilst its foreign policy was as staunchly anti-Soviet as it was anti-Tungan and anti-Han[-Chinese].¹

Der neuen Republik war allerdings kein langes Leben vergönnt. Bereits als sie ausgerufen wurde, hatte es interne Streitigkeiten gegeben, die weniger auf ideologischen Differenzen beruhten als vielmehr auf der Frage, wer wieviel Macht bekam. Der Fraktion aus Chotän stand die Fraktion aus Qumul gegenüber. Die Rivalitäten gingen so weit, daß sich die Qumul-Fraktion mit der Regierung in Ürumchi arrangierte, einige der wichtigsten Führer der Chotän-Fraktion gefangen nahm und auslieferte. Mitte April 1934 wurden sie hingerichtet und die "Republik Ostturkestan" hörte auf zu existieren.

Die kurzlebige Republik von Kasghar und Chotän kann nicht als der Versuch angesehen werden, einen Staat auf der Grundlage uyghurischer Nationalität zu bilden. Der Kampf um die Macht innerhalb der Aufständischen wurde sicher noch verstärkt durch den unterschiedlichen lokalen Hintergrund der beiden Fraktionen. Bis heute betrachten sich die Einwohner Süd-Xinjiangs und Ost-Xinjiangs mit gegenseitigem Mißtrauen, was sich auch in abfälligen Bezeichnungen und Charakterisierungen der jeweils anderen zeigt. Von vielen Qäshqärliks und Chotänliks werden die Uyghuren Ost-Xinjiangs, sowohl was Religion und gesellschaftlichen Umgang, als auch Physiognomie angeht, nicht als "typische Uyghuren" angesehen. Sie werden deshalb mit den Mongolen verglichen, die keine Muslime sind, und abfällig als Qalmaq bezeichnet. Umgekehrt haben die Bewohner Süd-Xinjiangs, vor allem Kashgars, im Osten (und Norden) der Provinz den Ruf, nicht aufrichtig (*sämimij ämäs*), gerissen (*quv*), hinterlistig (*hijligär*) und fanatisch (*mutä'äsip*)

¹ Forbes (1986), S. 113.

zu sein. Die seit Mitte der 50er Jahre immer wieder durchgeführten Kampagnen gegen diesen "Lokalpatriotismus" (*mähällivazliq*), der auf eben diese Vorurteile baut, zeigen, daß das Problem nach wie vor virulent ist und es nach wie vor schwierig ist, in einem uyghurischen Umfeld von einer uyghurischen Nationalität zu sprechen. Uyghurische Nationalität als Einheit konstituiert sich vor allem in einem fremden, nicht-uyghurischen Umfeld, wie beispielsweise in den uyghurischen Gemeinden der großen Städte Ost- und Südchinas (Peking, Shanghai, Kanton).

Der zweite Versuch, einen unabhängigen Staat in Xinjiang zu gründen, hatte seinen Ausgangspunkt im Ili-Tal. Das Ili-Tal liegt nördlich des Tianshan-Gebirges. Es ist das fruchtbarste Gebiet Xinjiangs und auch der einzige Teil Nord-Xinjiangs, in dem die Uyghuren die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Nord-Xinjiang ist kein traditionelles Siedlungsgebiet der Uyghuren. Erst im 18. Jahrhundert siedelten sie sich hier an. Sie bezeichnen sich selbst auch heute noch als Taranchi und ein Teil von ihnen grenzt sich scharf von den Uyghuren aus Süd-Xinjiang ab, denen sie Rückständigkeit vorwerfen. Das zaristische Rußland hatte das Ili-Gebiet 1871 besetzt und sich erst Jahre später und unter für die chinesische Zentralregierung demütigenden Bedingungen zurückgezogen. Auch nach der Oktoberrevolution betrachtete das nunmehr sowjetische Rußland das Ili-Gebiet als seine Einflußsphäre. Im September 1944 brach in Nilqa, einer kleinen Stadt im Ili-Tal, ein Aufstand aus, der sich rasch ausbreitete. Am 7. November - dem Jahrestag der Oktoberrevolution - hatten die Aufständischen Ghuldsha, die größte und wichtigste Stadt im Ili-Gebiet erobert. Das sowjetische Konsulat in Ghuldsha soll eine wichtige Rolle bei der Unterstützung und Organisation der Aufständischen gespielt haben.¹ Eine Woche nach der Eroberung von Ghuldsha wurde dort eine Republik ausgerufen, die den gleichen Namen hatte wie die 1933/34 so sang- und klanglos untergegangene: "Republik Ostturkestan".

Als führende Persönlichkeit kristallisierte sich sehr schnell Ächmätshan Qasimi heraus. Dieser wurde 1912 geboren und ging 1928/29 mit seinem Onkel in die UdSSR, wo er fast zehn Jahre verbrachte. Nach seiner Rückkehr nach Xinjiang wurde er verhaftet. In der ersten Hälfte 1945 gab es, wie auch schon in der kurzlebigen Republik von Kashgar und Chotän, Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der neuen Regierung. Die "Progressivisten" unter und um Ächmätshan Qasimi konnten sich, auch wegen der massiven Unterstützung durch die UdSSR, gegen die "Traditionalisten" unter Führung des nominellen Staatsoberhauptes Alichan Törä durchsetzen. Bis September 1945 brachten die Aufständischen alle drei Regierungsbezirke (*vilajät*) Nord-Xinjiangs, Ili, Tarbaghataj und Altaj, unter ihre Kontrolle. In der VR China heißt dieser Staat denn auch nicht "Republik Ostturkestan" - eine Bezeichnung, die als nationalistisch verfolgt wird -, sondern "Revolution der drei Regierungsbezirke" (*Ütch Vilajät Inqilabi*). Die in Ghuldsha ausgerufene Republik unterschied sich in ihrer ideologischen Ausrichtung stark von der Republik in Kashgar. Während für letztere der Islam das Gerüst für Innen- und Außenpolitik abgab, orientierte sich die Republik im Norden Xinjiangs an der Sowjetunion als Vorbild. Chinesisch als Verwaltungssprache wurde abgeschafft und durch Uyghurisch und Russisch ersetzt. Obwohl die Regierung in Ghuldsha Internationalismus propagierte, konnte sie Pogrome an der hanchinesischen Bevölkerung in der ersten Hälfte des Jahres 1945 nicht verhindern. Ab Ende August 1945 kam es auf sowjetischen Druck hin erstmals zu direkten Verhandlungen zwischen der Ghuldsha-Regierung

¹ Forbes (1986), S. 173f.

und Vertretern der Regierung in Ürümchi. Bei diesen Verhandlungen saßen die Vertreter aus Ghuldsha nicht nur Hanchinesen gegenüber. Die "chinesische" Seite wurde vielmehr repräsentiert durch Zhang Zhizhong, der von der Nationalchinesischen Regierung Chiang Kai-sheks in Chongqing zu den Verhandlungen nach Xinjiang entsandt worden war, und die Uyghuren Mäs'ut Sabri, Muhammad Amin Bughra und Isa Jusuf Alptekin.

Die drei Letztgenannten wurden von der Ili-Seite wiederholt als "Chinesisten" (*chitajtchi*) diffamiert, was, nicht nur im Rückblick, geradezu absurd erscheint: Muhammad Amin Bughra war der Führer der Chotänlik-Fraktion in der Republik von Kashgar und hatte damals eine dezidiert anti-hanchinesische Position vertreten. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1949 flüchtete sowohl er als auch Isa Jusuf Alptekin nach Britisch-Indien und schließlich in die Türkei. Beide wurden dort zu Führern der uyghurischen Nationalbewegung im Exil. Amin Bughra verstarb 1965, Isa Jusuf Alptekin lebt noch und wird, wenn von Unruhen in Xinjiang zu berichten ist, von der türkischen Presse immer wieder und gerne als "der Alptraum Chinas" (*Chin'in kabusu*)¹ vorgeführt. Mäs'ut Sabri wurde 1951 im Zuge der "Anti-Rechts-Kampagne" als uyghurischer Nationalist "entlarvt" und verhaftet. Er starb 1952 im Gefängnis.

Die Verhandlungen in Ürümchi wurden durch sowjetischen Druck im Juni 1946 beendet. Ab Juli 1946 regierte in Ürümchi nunmehr eine Koalitionsregierung. Regierungschef wurde Zhang Zhizhong, sein Stellvertreter Ähmädshan Qasimi. Außerdem waren an der Regierung beteiligt: Mäs'ut Sabri, Muhammad Amin Bughra, Isa Jusuf Alptekin, Säjpudin Äzizi und Burhan Shähidi. Die letzten beiden sollten in der weiteren Geschichte Xinjiangs noch eine wichtige Rolle spielen. Die "Traditionalisten"-Fraktion wurde an dieser Koalitionsregierung in Ürümchi nicht beteiligt. Ihre Führer hatten sich gegen den Friedensvertrag ausgesprochen. Mit der Entführung ihres Führers Alichan Törä in die UdSSR am 16.6.1946 wurde diese Fraktion endgültig zum Schweigen gebracht. Alichan Törä tauchte nie wieder auf.² Obwohl es nunmehr eine Koalitionsregierung gab, wurde Xinjiang de facto nach wie vor von zwei Regierungen beherrscht: Die drei Regierungsbezirke im Norden unterstanden Ghuldsha, die restlichen sieben Ürümchi. Anfang 1946 kam es zu Unruhen unter der uyghurischen Bevölkerung Ürümchis. Als Zugeständnis setzte die nationalchinesische Führung den glücklosen Gouverneur Zhang Zhizhong ab und ersetzte ihn durch Mäs'ut Sabri. Das erste Mal in der Geschichte Xinjiangs nahm ein Uyghure den höchsten Posten in der Provinz ein. Mäs'ut Sabri konnte allerdings die Hoffnungen, die die chinesische Führung in ihn gesetzt hatte, nicht erfüllen. Die Tatsache, Uyghure zu sein, bedeutete nicht, die Unterstützung der Uyghuren zu haben. Die Bevölkerung Süd-Xinjiangs war gegen Mäs'ut, weil er mit den nicht-muslimischen Chinesen gemeinsame Sache machte. Die Bevölkerung (vielleicht auch nur die Regierung) Nord-Xinjiangs war gegen ihn, weil er mit den anti-sowjetischen Chinesen gemeinsame Sache machte. Um der anhaltenden Unruhen Herr zu werden, gab der Uyghure Mäs'ut die von seinem Vorgänger, dem Hanchinesen Zhang, zaghaft betriebene Politik des Ausgleichs zwischen den verschiedenen Nationalitäten auf und kehrte zu einer restriktiven Politik gegenüber der lokalen Bevölkerung, deren Großteil die Uyghuren ausmachten, zurück. Ende 1947, Anfang 1948 sprachen die UdSSR und die nationalchinesische Regierung in Geheimverhandlungen über die Zukunft Xinjiangs. Vermittler und

¹ Z.B.: *Milliyet* [Istanbul], 14.4.1990.

² Forbes (1986), S. 200.

Übersetzer bei diesen Gesprächen war der Tatare Burhan Shähidi, der wie kein zweiter in die Geschichte Xinjiangs in diesem Jahrhundert involviert war.

Burhan Shähidi wurde 1894 geboren. Er studierte in Qazan und später in Berlin. 1918 kehrte er nach Xinjiang zurück, wo er zu einem erfolgreichen Händler avancierte. Gleichzeitig arbeitete er in der Provinzregierung von Yang Zengxin mit. Nach dessen Ermordung im Juli 1928 wurde er unter dem Nachfolger Jin Shuren Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten. In dieser Funktion reiste er erneut nach Berlin. Nachdem Jin Shuren im April 1933 einem Attentat entgangen und in die UdSSR geflohen war, kehrte Shähidi 1934 nach Xinjiang zurück. Unter Jins Nachfolger Sheng Shicai wurde er Konsul für Xinjiang, zuerst in Usbekistan, später in Kasachstan. Bei den Schauprozessen und Säuberungen, die Sheng Shicai nach dem Vorbild Stalins und fast zeitgleich mit diesem in Xinjiang durchführte, wurde Burhan als Trotzkiist "entlarvt" und, erstaunlich genug, nicht zum Tode, sondern "nur" zu neun Jahren Gefängnis verurteilt, wo er bis zur Absetzung Shengs, im August 1944, einsaß. Unter dem neuernannten Gouverneur Wu Zhongxin war er ebenso tätig wie, nach dessen Absetzung, unter Zhang Zhizhong, in dessen Koalitionsregierung er zweiter stellvertretender Regierungschef Xinjiangs wurde.

Am 31.12.1948 wurde der wenig erfolgreiche Mäs'ut Sabri abgesetzt. An seine Stelle trat Burhan Shähidi. Schon bevor die Volksbefreiungsarmee (VBA) in Xinjiang einmarschierte, unterstellte Burhan sich und damit auch die Provinz Xinjiang der neuen kommunistischen Führung in Peking. Auch nach der kommunistischen Machtübernahme blieb er auf seinem Posten; bis 1955 war er Vorsitzender von Xinjiang. Er wurde in dieser Funktion abgelöst von dem oben bereits erwähnten Säjpidin Äzizi. Doch auch 1955 war für Burhan noch nicht das Ende seiner Laufbahn gekommen. Bis zum Beginn der Kulturrevolution, 1965/66, blieb er in führender Stellung in Xinjiang. Nach der Kulturrevolution, die er unbeschadet überlebte, wurde er nach Peking in den Zentralen Nationalitätenrat berufen. In dieser Funktion blieb er bis zum Ende der 80er Jahre (1989?). Angesichts des von Burhan Er- und Überlebten ist Andrew Forbes uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er schreibt: "[...], Burhan was truly the great survivor of Sinkiang politics."

Der Führer der Ili-Regierung, Ächmädshan Qasimi, starb keines natürlichen Todes. Am 15. August 1949 begab er sich, zusammen mit den drei prominentesten Persönlichkeiten der Regierung, Abdulkerim Abbas, Dälil Chan und Ischaq Bäg, nach Alma Ata, um dort ein Flugzeug zu besteigen, das sie nach Peking bringen sollte. Über vier Monate, bis Ende Dezember 1949, als die KPCh in Xinjiang gerade dabei war, eine neue Verwaltung zu installieren, gab es keinerlei Meldungen über ihren Aufenthalt in Peking bzw. den Verlauf ihrer Gespräche dort, die sich um die Zukunft Xinjiangs drehen sollten. Ende Dezember dann gab die chinesische Regierung bekannt, daß das Flugzeug am 27. August in der Mandschurei abgestürzt und alle Insassen ums Leben gekommen seien.

It cannot be doubted, [...], that the death of Ahmadjan Qasim and his colleagues, whether a genuine accident or deliberately engineered, came at a most opportune moment for the CCP [KPCh] and dealt a considerable blow to Soviet political ambitions in Sinkiang.²

Bis heute ist es unter vielen Uyghuren Xinjiangs umstritten, ob der Flugzeugabsturz wirklich ein Unfall war oder von der KPCh bewußt herbeigeführt wurde, um den einzigen ernstzunehmenden

¹ Forbes (1986), S. 237.

² Forbes (1986), S. 222.

Gegner im "Neuen Grenzgebiet" zu beseitigen.

Faßt man, die Geschichte Xinjiangs bis zum Jahre 1949 zusammen, zeigt sich als Charakteristikum die Uneinigkeit der lokalen Mehrheitsbevölkerung. Keiner der vielen Aufstände gegen die weitgehend von der chinesischen Zentralmacht unabhängigen Provinzgouverneure wurde im Namen der "Uyghuren" geführt. Eine uyghurische Nation, die zu vertreten die Aufständischen hätten beanspruchen können, gab es nicht. Aus diesem Grund konnten die Führer von Aufstandsbewegungen gar nicht anders, als sich bei ihrer Suche nach einer Machtbasis auf die eigene, lokale Umgebung zu konzentrieren und zu stützen. Eine Vorgehensweise, die wiederum die Bevölkerung einer anderen lokalen Umgebung nur vor den Kopf stoßen konnte. Und so waren es beileibe nicht nur die jeweiligen hanchinesischen Provinzgouverneure, die es verstanden, die lokale Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Diese Aufgabe wurde ihnen über weite Strecken von den Führern der verschiedenen Aufstandsbewegungen abgenommen. Die Macht der Provinzregierung in Ürümqi wurde vor allem auch durch die internen Streitigkeiten unter den "Uyghuren" gesichert.

1.4 Entwicklung nach 1945

Der Oktober 1949 brachte, wie eingangs schon erwähnt, die "Befreiung". Die einzige prominente Persönlichkeit der Ili-Regierung, die die kommunistische Machtübernahme in Xinjiang überlebte, war Säjpudin Äzizi. Er wurde 1914 in Atush, in der Nähe von Kashgar, geboren. Nach einer Grundschulbildung in Xinjiang ging er in die UdSSR, wo er später an der Universität von Tashkent Jura und Politik studierte und Mitglied der KPdSU wurde. In der Ili-Regierung war er als Erziehungsminister tätig gewesen. Dieselbe Funktion nahm er auch in der Koalitionsregierung ein. Nach der Befreiung wurde er stellvertretender Vorsitzender Xinjiangs und damit innerhalb der Ziviladministration der zweitwichtigste Mann der Provinz. Die militärische Führung in Xinjiang lag damals wie heute ausschließlich in hanchinesischer Hand.

Die Befreiung bedeutete keineswegs die Freiheit für alle Uyghuren. Zwischen 1950 und 1952 gab es Kampagnen gegen Konterrevolutionäre, unter anderem gegen die Anhänger von Muhammad Amin Bughra und Isa Jusuf Alptekin, die beide die Zeichen der Zeit rechtzeitig verstanden hatten und schon im Oktober 1949 aus Xinjiang nach Britisch-Indien geflohen waren, aber auch gegen sowjetisch, also anti-hanchinesisch orientierte Kader der ehemaligen Ili-Regierung in Nordwest-Xinjiang. Gegen die kasachischen Aufständischen unter Osman Batyr im Altaj-Gebiet und uyghurische "Konterrevolutionäre" unter Jolbars Chan in Qumul wurde militärisch vorgegangen.

Von Unabhängigkeit konnte keine Rede sein und von Autonomie sprach offiziell noch niemand. Bis Mitte 1954 hatte Xinjiang den Status einer ganz normalen Provinz der Volksrepublik China. Im März 1954 wurde in Xinjiang mit der Einführung autonomer Verwaltungsstrukturen begonnen. Allerdings nicht für die Uyghuren, sondern zuerst für die Nationalitäten, bei denen die Regierung am wenigsten nationalistische oder separatistische Neigungen vermutete. Den Anfang machte der autonome Kreis für die Hui (Tunganen) in Qarashähär (15.3.1954). Es folgten autonome Verwaltungseinheiten für die Shivä, die Mongolen, die Kirgisen, die Tadschiken, die Kasachen und erst am 1. Oktober 1955, dem sechsten Jahrestag der Gründung der VR China, für die Uyghuren: Die Autonome Region Xinjiang Uyghur wurde gegründet. Burhan Shähidi trat als Vorsitzender der

Provinz ab und in seine Position rückte sein bisheriger Stellvertreter, Säjpudin Äzizi, der sich in dieser Position bis nach der Kulturrevolution und dem Sturz der Viererbande behaupten konnte. Im Januar 1978 rückte der aus Chotän stammende Ismajil Ämät an seine Stelle. Säjpudin Äzizi wurde, ohne daß er selbst dies gewollt hätte, in eine in der offiziellen politischen Hierarchie höherstehende Position nach Peking berufen. Ismajil Ämät wiederum wurde 1986 von Tömür Davamät abgelöst und ebenfalls nach Peking berufen. Die bisher letzte Runde in diesem Ernennungs- und Abberufungskarussell wurde im Dezember 1993 eingeläutet: Tömür Davamät wechselte nach Peking, in seine Position in Ürümchi rückte Ablähät Abdurishit.

Bereits 1948, im letzten Jahr vor der Ausrufung der VR China, hatte Polat Qadiri in seinem Geschichtsbuch dieses System beschrieben. Über Sheng Shicai, den Herrscher über Xinjiang zwischen 1933 und 1944, sagte Qadiri: "Er rückt die Leute, die gut gearbeitet haben, auf eine Position, die zwar in der Hierarchie höher steht, aber ohne Bedeutung ist, und setzt an ihre Stelle seine eigenen, nur ihm selbst verbundenen Leute."¹ Auch in der VR China ist dieses System bis heute gültig. Allerdings ist es bemerkenswert, daß das von der Regierung in Peking tolerierte Maximum der "guten Arbeit" immer weiter gesenkt wurde. Die chinesische Führung scheint das Vertrauen in die von ihr selbst eingesetzten uyghurischen Führer im "Neuen Grenzgebiet" immer schneller zu verlieren. Im Laufe ihrer Zeit als Vorsitzende Xinjiangs scheinen sich bisher alle, die diese Funktion innehatten, mehr und mehr mit den Interessen der Region zu identifizieren. Für eine Stärkung der Rechte der Region gegenüber der Zentralregierung treten jedoch nicht nur Uyghuren ein. Auch hohe hanchinesische Führungskader in Xinjiang, wie beispielsweise Wang Enmao und Song Hanliang, vertreten mehr und mehr die Interessen der von ihnen geleiteten Region und scheinen sich nicht mehr unbedingt nur der Zentralmacht in Peking verpflichtet zu fühlen.² Wohlgermerkt, die Interessen der Region sind nicht notwendigerweise deckungsgleich mit "den uyghurischen Interessen", die es so natürlich gar nicht gibt.

Mit der regelmäßigen Abberufung höchster uyghurischer Führungskader aus Ürümchi nach Peking scheint die chinesische Führung bei großen Teilen der uyghurischen Bevölkerung Xinjiangs allerdings einen unzutreffenden Eindruck zu erwecken. Allein schon durch die Tatsache der Abberufung werden die jeweiligen uyghurischen Führungskader zu Personen, denen viele Uyghuren ein bewußtes Eintreten für ihre nationalen Belange unterstellen. Ungewollt kreierte die Politik Pekings somit uyghurische nationale Führungspersonen. Am Beispiel Tömür Davamäts wird dies deutlich: Bei seinem Amtsantritt als Vorsitzender Xinjiangs stand er bei vielen Uyghuren nicht gerade hoch im Kurs - man sah ihn als Werkzeug der hanchinesischen Interessen in Xinjiang. Kurz vor dem Ende seiner Amtszeit und vor allem danach änderte sich diese Meinung. Tömür Davamät besitzt nun ein Opfer-Image: Er habe, weil er sich zu sehr für die Uyghuren einsetzte, seinen Posten räumen müssen. Ob er, abgesehen von seinem tatsächlichen Engagement für seine Heimatstadt Toqsun, sich wirklich für uyghurische Interessen per se engagiert hatte oder nicht, spielt für diese Wahrnehmung keine Rolle mehr.³

¹ Qadiri (o.J.), S. 106.

² Vgl.: Gudrun Wacker: *Xinjiang und die VR China. Zentrifugale und zentripetale Tendenzen in Chinas Nordwest-Region*, Berichte des BIOst, 3/1995, S. 14 u. 28.

³ Diese Darstellung beruht auf persönlichen Beobachtungen und Gesprächen mit Uyghuren in den Jahren 1987-1989, 1993 und 1994.

Auch andere Versuche der chinesischen Führung, uyghurischem Nationalismus vorzubeugen bzw. ihn zu bekämpfen, führen zu kontraproduktiven Ergebnissen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Behandlung und Darstellung "uyghurischer" Aufstände und versuchter Staatenbildung in den 30er und 40er Jahren. Die Regierung unterbindet jegliche Diskussion über den kurzlebigen Staat in Südwest-Xinjiang von 1933/34. Veröffentlichungen, die sich mit diesem Staat beschäftigen, diffamieren ihn immer als nationalistisch. Damit ist für viele Uyghuren heute klar, daß dieser Staat ein Staat gewesen sein muß, der die nationalen Interessen der Uyghuren vertrat. Damit wird einem staatlichen Gebilde, das, wie oben gezeigt, weder das Ethnonym "Uyghur" in seinem Namen führte, noch sich in seiner Selbstsicht als spezifische Interessenvertretung einer Nationalität im heutigen Sinne sah, durch die plumpe anti-nationalistische Polemik ein nationalistischer oder auch nur nationaler Inhalt zugesprochen, der mit der geschichtlichen Realität nichts mehr zu tun hat. Für die Darstellung der im November 1949 in Ghuldsha gegründeten Republik Ostturkestan ergibt sich das Problem, daß diese Republik zwar sozialistisch orientiert war, sich aber unter ihren führenden Repräsentanten nur Angehörige lokaler Minderheiten fanden, die sich politisch an der Sowjetunion ausrichteten und keine großen Sympathien für die Hanchinesen zeigten. Das Beharren der Ili-Führer auf dem Namen "Republik Ostturkestan" bestärkte die damalige nationalchinesische Führung in ihrer Ansicht, die Republik strebe nach Sezession von China. Die kommunistische Führung in Peking scheint diese Ansicht bis heute zu vertreten. Die in der VR China verwendete Bezeichnung für diese Republik, "Revolution der drei Regierungsbezirke", vertuscht den lokalen und nationalen Hintergrund des Geschehens und suggeriert, daß sie lediglich ein Glied in der Kette von Aufständen und Rebellionen in ganz China war, die letztlich alle in die Befreiung von 1949 mündeten. Mao selbst bestätigte diese Einschätzung als er sagte: "This 'Revolution of the Three Regions' was a constructive part of the Chinese Revolution." Der frühe Tod von Ächmädshan Qasimi und seiner führenden Mitarbeiter, egal ob "genuine accident" oder "deliberately engineered", machte es der Führung in Peking dann allerdings bis in die Gegenwart leicht, den durch die Befreiung Xinjiangs 1949 geschaffenen Status Quo als den von Ächmädshan Qasimi angestrebten zu präsentieren.

2. Die gegenwärtige Lage und die Beziehungen der verschiedenen Nationalitäten untereinander

2.1 Demographische Entwicklungen

Die am tiefsten greifende Veränderung in Xinjiang seit 1949 ergab sich aus Zuzug von Hanchinesen in die Provinz. Noch 1949 machten die Hanchinesen nur etwa sechs Prozent der etwa 4,3 Millionen Einwohner Xinjiangs aus. Bereits im März 1950 kündigte die Regierung in Peking eine Kampagne zur Masseneinwanderung von Hanchinesen an, die aber kaum das von Peking erhoffte Resultat gehabt haben kann, war doch bis 1953 die Zahl der Hanchinesen nur um etwa 33.000 auf nunmehr 332.126 angestiegen. Bis 1956 hatte sich diese Zahl, Angaben von Exil-Uyghuren zufolge, allerdings schon auf 600 000 erhöht.² Mao Zedong hatte in seiner

¹ Zit. n.: Forbes (1986), S. 196.

² Diese Angabe machte Zija Sämidi, der ehemalige Präsident des uyghurischen Schriftstellerverbandes, nach seiner Flucht in die UdSSR, gegenüber der in Wien erscheinenden Zeitung *Kurier* (8.5.1967).

Rede "Über das Problem, die Widersprüche im Volk richtig zu lösen", am 27. Februar 1957, festgestellt: "Seit 1956 hat sich die Lage grundsätzlich geändert. Für unser Land heißt das, die hauptsächlichsten Kräfte der Konterrevolutionäre sind beseitigt worden. Unsere wichtigste Aufgabe besteht nun darin, die Produktivkräfte zu entfesseln [...]."¹ Diese Entfesselung der Produktivkräfte führte letztlich zum sogenannten "Großen-Sprung-nach-vorne", der sich auch in einem ganz und gar entfesselten Zuzug von Hanchinesen nach Xinjiang zeigte. Die chinesische Führung in Xinjiang sandte 1958 Delegationen in den Osten Chinas, um den Zuzug von Hanchinesen zu forcieren.² 1961 soll es bereits eine Million und 1962 zwei Millionen Hanchinesen in Xinjiang gegeben haben.³ 1964, nach der in wirtschaftlicher Hinsicht katastrophalen Landung des "Großen Sprungs", lebten 2.321.216 Hanchinesen im "Neuen Grenzgebiet", das waren knapp 32 Prozent der Gesamtbevölkerung. 1982 hatte sich diese Zahl bereits noch einmal mehr als verdoppelt (5.286.532) und stieg bis 1990 auf 5.695.626 an. Damit stellten die Hanchinesen knapp 40 Prozent der Gesamtbevölkerung.⁴ Nicht eingerechnet sind allerdings die Armeeingehörigen, die Bewohner der von der Armee betriebenen Farmen und die sich "illegal", d.h. ohne gültige Papiere in Xinjiang aufhaltenden Hanchinesen. Der Zuzugsstop, der 1988 und 1989 offiziell in Kraft war, ist inzwischen aufgehoben worden.

2.2 Der "goldene Westen"

Seit dem Zusammenbruch der UdSSR hat Xinjiang von Peking, also vom Osten aus gesehen, ein neues Hinterland bekommen. Die schnelle Öffnung nach Westen, in die nunmehr unabhängigen Staaten des ehemals sowjetischen Zentralasiens, ist für die chinesische Führung ein zweischneidiges Schwert. Für die Wirtschaft Xinjiangs und damit auch der VR China hat sich ein neuer Absatzmarkt geöffnet, den es sich, vor allem in der Zeit der "sozialistischen Marktwirtschaft", zu sichern gilt. Gleichzeitig fürchtet die Pekinger Zentrale, daß von den turkstämmigen Republiken Signale ausgehen könnten, die die lokale Bevölkerung Xinjiangs veranlassen könnten, das Geschäft zu vergessen, um sich der Nation und Nationalität zuzuwenden. Als der kasachische Präsident Nursultan Nazarbaev im Sommer 1991 Ürümqi besuchte, machte er gegenüber der chinesischen Führung den für diese sicherlich schockierenden Vorschlag, daß neben der kasachischen Fahne nicht die chinesische, sondern die Fahne von Xinjiang wehen solle.⁵

Am Bahnhof von Ürümqi, gut sichtbar für alle, die mit dem Zug aus dem Osten Chinas hier ankommen, stand im Juni 1993 eine große Plakatwand mit der chinesischen und englischen Aufschrift: "Let's explore our Great North West!" Dieses Motto scheint mir die gegenwärtige Xinjiang- und Zentralasienpolitik Pekings gut zusammenzufassen. Die Regierung in Peking versucht

¹ *Mao Dshushining bāsh partchā pālsāpā āsiri* (Fünf philosophische Werke des Vorsitzenden Mao), Bejdsching 1971, S. 288-89.

² Henry G. Schwarz: "Chinese Migration to North-West China and Inner Mongolia, 1949-1959", *China Quarterly*, Nr. 16, 1963, S. 73.

³ Vgl. Anmerkung 16.

⁴ Soweit keine anderen Quellen angegeben sind, entnehme ich die Zahlen Wacker (1995), S. 11.

⁵ *Neue Zürcher Zeitung*, 11./12.10.1992. Es scheint mir allerdings zweifelhaft, daß es in der Gegenwart eine Fahne Xinjiangs überhaupt gibt. Sollte Nazarbaev wesentlich auf die Fahne der Republik Turkestan angespielt haben, wäre sein Vorschlag noch weitaus provokativer gewesen, als er es ohnehin schon war.

zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: 1. wirtschaftlicher Gewinn für die VR China durch Ausnutzung der Ressourcen Xinjiangs und den Handel mit den benachbarten Staaten in Zentralasien; 2. Eindämmung, möglichst Eliminierung nationalistischer Gefühle der Lokalbevölkerung Xinjiangs bzw. deren Reduktion auf nationale Folklore. Die Klappe: Sinisierung, sprich Ausschaltung oder Marginalisierung der Lokalbevölkerung, hauptsächlich der Uyghuren, teilweise auch der Kasachen.

2.2.1 Bodenschätze

Xinjiang ist reich an Bodenschätzen: Große Erdöl- und Erdgasvorkommen gibt es sowohl im Norden als auch im Süden der Provinz, Kohle wird vor allem nördlich und östlich von Ürümchi gefördert, Gold-, Buntmetall- und Uranvorkommen liegen hauptsächlich im Norden und Nordwesten Xinjiangs. Vor allem wegen seiner Erdölvorkommen besitzt Xinjiang eine wichtige Rolle bei der rasch voranschreitenden Modernisierung und dem damit stetig steigenden Energiebedarf Chinas, vor allem der Gebiete im Südosten und Osten der Volksrepublik. Xinjiang ist der wichtigste Produzent von Baumwolle in China. Die Ausnutzung dieser natürlichen Ressourcen ist Sache der Regierung in Peking. Nur ein geringer Teil dieser Rohstoffe wird in Xinjiang selbst verarbeitet, fast zur Gänze werden sie in den Osten Chinas "exportiert", der Provinzregierung in Ürümchi bleibt nur wenig Gewinn. Die Förderung dieser für den Staat wichtigen und profitablen Rohstoffe liegt fast ausschließlich in hanchinesischer Hand. Das Beispiel der Stadt Qaramaj ("Schwarzes Öl; Erdöl"), inmitten des dsungarischen Beckens im Norden Xinjiangs gelegen, verdeutlicht dies. In der Umgebung Qaramajs gibt es nichts, was für eine menschliche Ansiedlung sprechen würde. Die Stadt wurde erst 1958, allein wegen der großen Erdölvorkommen in der Umgebung gegründet. Neben Shihezi ist Qaramaj das Beispiel für chinesischen Pioniergeist im "Great North West". Dem hanchinesischen Pioniergeist wohlgermerkt, denn Uyghuren (oder auch Kasachen oder Mongolen) hatten und haben daran keinen Anteil. 1986 hatte die Stadt, die ausschließlich vom Erdöl lebt, 189.164 Einwohner, 144.171 davon Hanchinesen.¹

Es sind also nicht nur die Gewinne aus den Bodenschätzen selbst, die in hanchinesischer Hand bleiben. Auch der mit Abstand größte Teil der bei deren Förderung Beschäftigten sind Hanchinesen, die damit das Privileg eines relativ gutbezahlten Jobs genießen. Außerdem machen Uyghuren oder Angehörige sonstiger lokaler Nationalitäten nur einen kleinen Teil der Studenten aus, die an den Fachhochschulen Xinjiangs studieren. (Eine Ausnahme hiervon sind die Fachhochschulen für Landwirtschaft und Viehzucht.) Die Anreize für Studenten lokaler Nationalitäten, an Fachhochschulen oder der Xinjiang University einen guten Abschluß anzustreben, sind nicht groß. Vor allem seit Anfang der 90er Jahre wurde die Zahl derer, denen nach dem Abschluß die Möglichkeit gegeben wird, sich weiterzubilden oder an einer ihrer Ausbildung entsprechenden Stelle zu arbeiten, gesenkt. Die überwiegende Mehrheit der Studenten lokaler Nationalitäten werden inzwischen nach dem Studium in ihre Heimatregionen zurückgeschickt, wo nach wie vor nicht Wissen zählt, sondern gute Beziehungen, was sicher nicht nur für Xinjiang zutrifft. Für die auf staatlicher Ebene vorgenommene Förderung von Rohstoffen in Xinjiang gilt also, daß von dem

¹ *Shindshang Jilnamisi* (Statistisches Jahrbuch), Ürümchi 1987, S. 390.

Gewinn aus Förderung und Verkauf nur wenig in der Provinz selbst verbleibt, und daß die Angehörigen lokaler Nationalitäten nur in sehr geringem Maße in der Förderung und Verarbeitung der Rohstoffe beschäftigt werden. Diese Politik sichert nicht nur den lokalen Hanchinesen die besseren Arbeitsplätze, sondern bringt die lokale Verwaltung auch in die - sicher beabsichtigte - Abhängigkeit von hanchinesischen Spezialisten und Arbeitern bei der Ausbeutung der Ressourcen Xinjiangs.

2.2.2 Handel und Handwerk

Der zweite wirtschaftliche Faktor, der Xinjiang interessant macht, ist der Handel innerhalb der Provinz, aber auch - seit dem Zusammenbruch der UdSSR - mit den neuen zentralasiatischen Nachbarstaaten. Während die Nutzung der Bodenschätze unter direkter staatlicher Kontrolle und durch in Xinjiang lebende Hanchinesen erfolgt, liegt ein großer Teil des Handels - wie auch des Handwerks - in privater Hand. Im Zuge der Modernisierung wird auch in Xinjiang viel gebaut. Auf den Baustellen arbeiten jedoch fast ausschließlich Hanchinesen. Doch nicht nur staatliche Stellen, auch Uyghuren bevorzugen chinesische Arbeiter für ihre privaten Bauvorhaben. Sie seien billiger und arbeiteten nicht nur schneller, sondern auch besser. Dieses Eingeständnis im Privaten verhindert aber keineswegs die uyghurische Ablehnung von Hanchinesen im allgemeinen. Die Chinesen, die in Xinjiang in den Bereichen Handel und Handwerk tätig sind, kommen zum großen Teil aus dem Osten der Volksrepublik. Viele von ihnen fahren im Winter wieder in ihre Heimat zurück. Es handelt sich bei ihnen um eine Art saisonaler Arbeitsmigranten. Vor allem in den größeren Städten Nord-Xinjiangs beherrschen sie inzwischen das Straßenbild. Da sie nicht in Xinjiang leben, geben sie dort auch fast kein Geld aus. Entweder schicken sie das verdiente Geld an ihre Angehörigen im Osten oder sie nehmen es mit, wenn sie im Herbst selbst zurückfahren. Auch vom Boom im privaten Handel und Handwerk bleibt somit kaum Gewinn für die "Neue Grenzregion" selbst. Im Handel mit den Nachbarstaaten bauen die Chinesen ihre Position ebenfalls aus. Das *Ostturkestanische Nachrichten-Bulletin (ONB)* berichtete im Mai 1993 unter der Überschrift "Chinesische Invasion nach Zentralasien", daß sich bereits ca. 150.000 Hanchinesen in Kasachstan, fast 100.000 in Usbekistan und etwa 75.000 in Kirgistan angesiedelt hätten.¹ Die Bedeutung, die die chinesische Führung den neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten im Westen beimißt, läßt sich an den Versuchen ablesen, eine neue "Seidenstraße" zu etablieren, deren Zentrum Ürümchi sein soll. So ist auf einer Plakatwand zu lesen: "Wir wollen dafür kämpfen, daß Ürümchi innerhalb kurzer Zeit zu einem Handelszentrum im Herzen von Europa und Asien wird."

Ob bzw. was für die Uyghuren beim erhofften "big business" abfällt, ist fraglich. Ein Uyghure schätzte die Situation pessimistisch-realistisch so ein: "Den Chinesen die Ausstellungshallen, den Uyghuren die Schaschlikstände daneben"² - eine unverhohlene Anspielung auf das Image, das die Uyghuren bei vielen Hanchinesen haben: das des Kebap-Braters.

¹ *Ostturkestanisches Nachrichten-Bulletin (ONB)*, Nr. 2, Mai 1993, S. 2-3.

² Zit.n.: *Süddeutsche Zeitung*, 9.10.1992.

2.2.3 Städtebauliche Veränderungen

Der wirtschaftliche Aufschwung in ganz China seit der Reform- und Öffnungspolitik verändert auch Xinjiang. Diese Veränderung macht sich vor allem in den Städten bemerkbar. Zwei Perioden sind dabei zu unterscheiden. Die erste Periode erstreckt sich über die zweite Hälfte der 80er Jahre. Ihr auffallendstes Charakteristikum war der Bau vieler neuer Geschäfts- und Verwaltungsgebäude, vor allem in Ürumchi. In die frühere Bausubstanz wurde wenig eingegriffen, d.h. es wurden nur wenige ältere Gebäude abgerissen, um neue zu bauen. Die neuen Gebäude waren meist Hochhäuser. Sie wurden aber in einem "nationalen Stil" errichtet, der sich in orientalisierenden Bauelementen und Verzierungen, wie z.B. Mosaiken, manifestierte. Das Gesamterscheinungsbild der Stadt änderte sich in dieser Periode wenig. Ganz anders in der zweiten Periode, die etwa 1990 begann und bis heute andauert. Während die Veränderungen der ersten Periode im wesentlichen auf Ürumchi beschränkt blieben, betreffen die Veränderungen der zweiten Periode alle Städte Xinjiangs. Noch mehr als in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wird gebaut. Der Autoverkehr in den Städten hat drastisch zugenommen, was ebenfalls bauliche Maßnahmen erforderlich macht. Keine der Städte Xinjiangs besaß Straßen, die für den Autoverkehr konzipiert waren. Deshalb werden nun ganze Häuserzeilen, die die Verbreiterung von Straßen verhindern, abgerissen (in Ürumchi und Ghuldsha). Gleichzeitig werden sehr viele neue Hochhäuser gebaut, deren Stil nicht mehr "national" ist. Entweder sind es Gebäude, wie sie in jeder anderen Großstadt irgendwo auf der Welt genauso zu finden sind: verspiegelte Fassaden, viel Glas, Stahl und Beton, oder sie zeichnen sich durch einen ausgeprägt hanchinesischen Stil aus: angedeutete Pagodendächer, Drachenverzierungen etc. Die Kombination beider Baustile ist auch zu finden und vermittelt einen "postmodernen Eindruck". Um diese neuen Gebäude zu errichten, werden im großen Stil alte abgerissen. Diese baulichen Veränderungen bewirken, zusammen mit der großen Zahl von Hanchinesen, daß den Städten Xinjiangs jeder eigene Charakter inzwischen weitgehend abhanden gekommen ist. Sie unterscheiden sich zwar natürlich immer noch von Städten der westlichen Welt, aber immer weniger von anderen Städten der VR China. Eigenheiten der Bauweise lokaler Nationalitäten sind fast völlig verschwunden und Angehörige lokaler Nationalitäten wirken inzwischen fast wie folkloristische Einsprengsel, die der Touristen wegen noch am Leben gehalten werden.

2.3 Die uyghurische Identitätsfrage

2.3.1 Lokalpatriotismus

Die Frage nach dem uyghurischen Selbstverständnis ist für den Autor die Frage, die für die Zukunft Xinjiangs entscheidend sein wird. Für die Uyghuren selbst scheinen verschiedene Antworten möglich. Die oben bereits erwähnte Dreiteilung Xinjiangs hat dabei immer noch eine gewisse Gültigkeit, die sich aber in der Gegenwart weniger auf politisch-ideologische Konzepte auswirkt als auf das alltägliche Zusammenleben. Vor allem in diesem privaten Bereich ist der Lokalpatriotismus nach wie vor eine der wichtigsten Größen, die das Zusammenleben der Uyghuren bestimmen.

Obwohl inzwischen die Verkehrsverbindungen innerhalb Xinjiangs sehr verbessert wurden, gibt es eigentlich nur zwei Bereiche, in denen Uyghuren aus verschiedenen Teilen Xinjiangs zusammentreffen: die verschiedenen Fachhochschulen und die Xinjiang University in Ürumchi, sowie den privaten Handel. Beide Bereiche sind in Ürumchi konzentriert. Und innerhalb beider Bereiche gründen die meisten engen Beziehungen auf der gemeinsamen Herkunft.

Der Freundeskreis der Studenten besteht in der Mehrzahl aus Kommilitonen, die aus der gleichen Gegend kommen. Da die Studenten nach Abschluß des Studiums nach wie vor, und seit Anfang der 90er Jahre wieder verstärkt, zu einer Arbeitsstelle in ihre jeweilige Heimatgegend beordert werden, ist es schwierig, über-lokale Beziehungen nach Abschluß des Studiums aufrechtzuerhalten. Lediglich für die kleine Minderheit, die in Ürumchi bleibt, ist es beispielsweise möglich, Ehen zu schließen, deren Partner nicht aus der gleichen Gegend kommen. Derartige "Misch"-Ehen stoßen aber nach wie vor auf erheblichen Widerstand der Elterngeneration, die zum einen in dem auf den erwähnten Vorurteilen beruhenden Lokalpatriotismus befangen ist und zum anderen befürchtet, die verwandtschaftlichen Beziehungen und Bindungen, immer noch ein wichtiger Grund für Eheschließungen, könnten auseinandergehen.

Auch im Bereich Handel gründen sich die meisten engen geschäftlichen Kontakte auf gemeinsame Herkunft. Ist dies für den lokalen Handel, z.B. innerhalb Süd- oder Nord-Xinjiangs, wenig verwunderlich, so wird vor allem in Ürumchi deutlich, daß Geschäftskontakte fast ausschließlich zwischen Händlern ein- und desselben Gebiets bestehen. Auffallend ist dabei die enge lokale Begrenzung. So sind beispielsweise Kashgar und Atush nur etwa 50 Kilometer voneinander entfernt. Dennoch gibt es wenig Zusammenarbeit zwischen den Händlern dieser beiden Städte, sondern vielmehr ein ausgeprägtes Konkurrenzverhalten. Beim Handel mit dem Osten der Volksrepublik zeigt sich das gleiche Bild. Nicht zuletzt aus Furcht ausgeraubt zu werden, reisen uyghurische Händler nie allein in den Osten. Die kleinen Gruppen bestehen dann aber immer aus Händlern einer Gegend. Viele der im "Xinjiang-China-Handel" tätigen Uyghuren erzählen Geschichten von oft gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen uyghurischen Händlergruppen, wobei selbstverständlich immer jeweils die der anderen lokalen Gruppen die Bösen sind.

Obwohl die Regierung den Kampf gegen diesen Lokalpatriotismus immer wieder zum Thema von Kampagnen gemacht hat, kommt ihr dieser sicher sehr gelegen. Im studentischen und privatwirtschaftlichen Bereich kann der Regierung zwar keine bewußte Förderung des Lokalpatriotismus nachgewiesen werden. Im politischen Bereich scheint die Führung allerdings darauf bedacht zu sein, die höchsten Funktionen mit Personen verschiedenen lokalen Hintergrunds zu besetzen. So stammten die Vorsitzenden Xinjiangs zwischen 1949 und heute aus ganz verschiedenen Teilen Xinjiangs: Burhan Shāhidi aus Altaj (so jedenfalls die offiziellen Angaben), Säjpudin Äzizi aus Ghuldsha (obwohl in Atush, in Süd-Xinjiang, geboren), Ismajil Ämät aus Chotän und Tömür Davamät aus Toqsun (verwaltungsmäßig zu Turpan gehörend), der neue Vorsitzende Ablähät Abdurishit ist in Yining geboren. Diese "Besetzungs"-Politik kann natürlich, und wird es auch offiziell, als der Versuch angesehen werden, alternierend alle Teile Xinjiangs zu repräsentieren. Gleichzeitig bewirkt die Führung mit dieser Politik aber, wissentlich oder unwissentlich, eine Stärkung des Lokalpatriotismus bei Teilen der Bevölkerung, deren Gebiet bei der Ernennung nicht zum Zuge gekommen ist, denn der jeweils neu bestimmte Vorsitzende kann es sich, selbst wenn er

wollte, nur schwerlich erlauben, die Erwartungen der Bevölkerung seines Heimatgebiets nicht zu erfüllen. In diesem Zusammenhang scheint der Hinweis angebracht, daß bisher kein Vorsitzender Xinjiangs aus Kashgar kam. Nicht zuletzt die Ereignisse vom April 1990, als es um und in Kashgar zu den seit 1949 größten uyghurischen Unruhen in Xinjiang gekommen war, scheinen die Sicht der politischen Führung zu bestätigen, derzufolge anti-hanchinesische Ressentiments in Kashgar am stärksten sind.

2.3.2 Das uyghurische "Nationalbewußtsein" und die Konflikte mit den Hanchinesen

Der Lokalpatriotismus unter den Uyghuren spielt dann keine Rolle mehr, wenn es einen "äußeren", d.h. nicht-uyghurischen Feind gibt. Und obwohl Xinjiang zur VR China gehört, ist dieser "äußere" Feind paradoxerweise immer der chinesische Staat und die Nationalität, die seine überwiegende Mehrheit stellt, die Hanchinesen. Allein schon diese Tatsache zeigt, daß die von chinesischer Seite erhobene Behauptung, Xinjiang sei schon immer ein unabtrennbarer Teil Chinas gewesen, auf tönernen Füßen steht. Abgesehen von dieser ideologisch besetzten Behauptung ist es ganz offensichtlich den jeweiligen chinesischen Regierungen bis heute nicht gelungen, einen Ausgleich und eine Verständigung mit den lokalen Nationalitäten des "Neuen Grenzgebiets" herzustellen - und das innerhalb eines offiziell reklamierten Zeitraums von etwa zweitausend Jahren.

Je nachdem, ob die Uyghuren sich in ihrer nationalen oder religiösen Ehre angegriffen fühlen, artikuliert sich ihr Widerstand auf verschiedene Weise. Ein Angriff auf die nationale Ehre fand beispielsweise im Juni 1988 statt, als auf einer Toilette der Xinjiang University sich folgende Schmiererei fand (in chinesischen Zeichen): "Wir werden die uyghurischen Männer auf ewig zu Sklaven machen, die uyghurischen Frauen zu Huren. Es ist den Uyghuren nicht erlaubt, hier [auf der Toilette] wie die Schweine zu scheißen!" Die Universitätsleitung und die Polizei versuchten, den oder die Schreiber ausfindig zu machen, was nicht gelang. Daraufhin veranstalteten uyghurische Studenten und Studentinnen im Zentrum von Ürümchi eine Demonstration, bei der sie auf Plakaten die Gleichheit der Nationalitäten forderten. Die Polizei hatte, obwohl diese Forderungen völlig in Einklang mit der chinesischen Verfassung stand, keine Erlaubnis für die Demonstration erteilt. Sie wurde gewaltsam aufgelöst, sowohl unter den Demonstranten als auch unter den Polizisten gab es Verletzte und etliche der uyghurischen "Rädelsführer" wurden verhaftet. Sie wurden aus der Universität ausgeschlossen und konnten dadurch keine Arbeit bei einer staatlichen Stelle mehr bekommen, was ihnen letztlich nur die "Karriere" eines Kebap-Braters offenließ. Diese Demonstration hatte ein nationales Anliegen, das zudem durch die Gesetze der VR China gedeckt war. Die Reaktion der Polizei war völlig unangemessen und der Stempel "nationalistisch", den die Regierungspresse ihr aufdrückte, war nicht nur völlig fehl am Platz, sondern trug wieder einmal dazu bei, das Verhältnis zwischen Uyghuren und Hanchinesen weiter anzuspannen.

Ein Angriff auf die religiöse Ehre fand im Frühsommer 1989 statt, als in Shanghai ein Buch erschien (auf Chinesisch), das Sexualpraktiken von Muslimen zum Thema hatte und auch nicht davor zurückschreckte, z.B. in einem Minarett das Symbol eines erigierten Penis zu erblicken. Das Buch war anscheinend schon verboten, als es in Ürümchi zu gewalttätigen Unruhen kam, die vielleicht gar

nicht stattgefunden hätten, wenn nicht chinesische Muslime (Hui/Tunganen) aus Ningxia die Kunde von dem Werk nach Xinjiang getragen hätten - sind doch die wenigsten gläubigen Uyghuren in der Lage, chinesische Bücher zu lesen. Aus verschiedenen Teilen der Stadt marschierten die Demonstranten (unter ihnen, im Gegensatz zur oben geschilderten Demonstration, fast keine Frauen) zum "Volks-Platz" vor der Stadtregierung. Etliche der Demonstranten, vor allem die Studenten des staatlich kontrollierten, aber mit Geld aus Saudi Arabien aufgebauten Islam-Instituts, traten in der Gestalt von religiösen Märtyrern (*shehit*) auf: nackter, mit roter Farbe beschmierter Oberkörper, ein Band um den Kopf, auf dem Koranverse (in Arabisch) geschrieben waren. Die Auseinandersetzung eskalierte so weit, daß zur Unterdrückung der Unruhen auch Soldaten eingesetzt werden mußten. Es entstand nicht nur beträchtlicher Sachschaden, auf beiden Seiten gab es auch Schwerverletzte. Noch Tage danach wurden Steckbriefe der "Rädelsführer" im Fernsehen gezeigt. Was mit den Gefaßten passierte, berichteten dann allerdings weder Fernsehen noch Zeitungen. Viele Uyghuren erzählten, sie seien, ohne Gerichtsurteil, erschossen worden. Diese Demonstration hatte ein religiöses Anliegen. Nicht nur Uyghuren, sondern auch Tunganen und, wenn auch weit weniger, Kasachen, waren in die Unruhen verwickelt. Bei vielen uyghurischen Intellektuellen fanden Auftreten und Aktionen der Demonstranten Mißbilligung. Den Intellektuellen war klar, daß die Folge nur eine restriktive Politik gegenüber allen muslimischen Minderheiten, vor allem gegenüber den Uyghuren, sein konnte. Indem die chinesische Führung nationale und nationalistische, islamische und islamistische Äußerungen in einen Topf wirft und gleichermaßen als "konter-revolutionär" diffamiert und bekämpft, trägt sie möglicherweise mit bei zur Bildung einer uyghurischen anti-hanchinesischen "Einheitsfront" und zur Überwindung des Lokalpatriotismus, wenn auch nicht im Sinne der offiziellen Propaganda.

2.3.3 Die Auseinandersetzung der Regierung mit uyghurischen Nationalisten im Exil und zu Hause

In den offiziellen chinesischen und damit auch uyghurischen Berichten über "Nationalisten", "Separatisten" und "Konterrevolutionäre" fällt auf, daß namentlich immer nur im Exil lebende Personen genannt werden. Die beiden prominentesten sind der bereits mehrfach erwähnte Isa Jusuf Alptekin und Zija Sämidi.¹ Letzterer war bis zum Herbst 1957 Präsident des uyghurischen Schriftstellerverbandes. Im Gefolge der auf dem dritten Plenum des achten Parteitages der KPCh (20.9.-9.10.1957) beschlossenen Rektifizierungs- und Anti-Nationalismuskampagne wurde er als Nationalist "entlarvt". Bevor er verhaftet werden konnte, floh er in die Sowjetunion. Die chinesische Seite schrieb ihm auch eine maßgebliche Rolle bei der Massenflucht von sechzig- bis siebzigtausend Uyghuren und Kasachen nach Kasachstan im Jahre 1962 zu. Indem die offizielle Darstellung nur die Namen von Exilanten nennt, die schon seit 1949 bzw. 1957 nicht mehr in Xinjiang leben, versucht sie wohl, den Anschein zu erwecken, daß zum einen die "Rädelsführer" im Ausland und nicht in Xinjiang selbst sitzen, und zum anderen, daß es sich bei diesen Personen, zumindest bei den beiden Genannten, um "ewig Gestrige" handelt.

¹ Für eine neuere chinesische Quelle (1992), in der die Namen der beiden genannt werden, vgl. Wacker (1995), S. 25.

Eine andere Schlußfolgerung scheint aber auch möglich: Der chinesischen Führung ist es bis jetzt nicht gelungen, in die Kreise der in Xinjiang selbst tätigen "Nationalisten" und "Separatisten" einzudringen, bzw. sich über deren Umfang und Führungspersonen ein klares Bild zu verschaffen. Daß Uyghuren, wenn sie mit den chinesischen Sicherheitskräften zusammenarbeiten, in Xinjiang selbst mit Verachtung gestraft werden und dort nicht mehr leben können, wurde dem Autor mehrfach und zu verschiedenen Anlässen berichtet. 1987 wurde in Chotän ein Mann namens Abliz vor Gericht beschuldigt, in Qaghiliq Mitte der 80er Jahre eine "konterrevolutionäre" Partei mit dem Namen "Partei der Demokraten des Tianshan" (*Tängri Tagh Demokratlar Partijisi*) gegründet zu haben. Die Verurteilung zu drei Jahren Arbeitslager wegen panturkistischem Separatismus, Agitation gegen die KPCh und militant-religiöser Propaganda kam durch das Geständnis eines der beiden Mitangeklagten zustande. Als dieser freigesprochen wurde, so eine Augenzeuge, "spuckten die Menschen im Saal auf den Boden". Der Freigesprochene sei dann aus Süd-Xinjiang verschwunden. In Baren bei Kashgar soll die Polizei Anfang April 1990 Informationen über den unmittelbar bevorstehenden Beginn der Unruhen von einem Uyghuren erhalten haben. Da es diesem Informanten nicht länger möglich gewesen sei, in Xinjiang zu leben, soll er von den Behörden eine neue Identität und einen Arbeitsplatz im Osten Chinas bekommen haben. Seit dem Aufstand von Baren sei es, so Uyghuren vor Ort, vor allem im Gebiet zwischen Kashgar und Kucha immer wieder zu bewaffneten Überfällen gekommen, deren Ziel anscheinend hauptsächlich Geldtransporte und Waffenlager waren. Über derartige "kleine" Zwischenfälle berichten weder das uyghurische Fernsehen noch die uyghurischen Tageszeitungen. Ob es allerdings, wie das *ONB* in seiner Ausgabe vom Oktober 1994 auf den Seiten zwei und drei berichtet, tatsächlich feste Organisationsstrukturen uyghurischen Widerstands in Xinjiang gibt, ist nicht nachprüfbar.¹ Bemerkenswert an diesem kurzen Artikel ist allerdings, daß die darin erwähnten verschiedenen "Oppositionsgruppen" nicht in ganz Xinjiang agieren, sondern einen engen lokalen Hintergrund haben, der sich nicht sehr von der oben dargelegten Dreiteilung der Uyghuren Xinjiangs unterscheidet: Kashgar/Chotän vs. Ghuldsha/Ürümchi vs. Turpan/Qumul. Obwohl sicher zugestanden werden muß, daß es äußerst schwierig wäre, eine in ganz Xinjiang operierende illegale uyghurische Opposition zu organisieren, scheint diese erwähnte lokale Aufteilung doch ein Zeichen dafür, daß auch noch in der Gegenwart bei den Uyghuren das Lokalbewußtsein über das Nationalbewußtsein dominiert.

2.3.4 Übernationale Ausrichtung

Wenn es bei den Uyghuren Xinjiangs ein übernationales Gefühl gibt, richtet sich dieses nicht nach den neuen selbständigen Turk-Staaten Zentralasiens aus, sondern nach der Türkei. Obwohl die autochthone Bevölkerung der neuen Nachbarstaaten Xinjiangs, vor allem die Usbeken, nicht nur sprachlich, sondern auch historisch, den Uyghuren viel näher stehen als die Türken in der Türkei, genießt die Türkei und alles Türkische bei den Uyghuren einen wesentlich höheren

¹ Ein US-amerikanischer Staatsbürger, der 1988/89 in Ürümchi Englisch unterrichtete, bekam durch seine Versuche, in Ürümchi etwas über uyghurische Nationalisten zu erfahren, massive Schwierigkeiten mit der Geheimpolizei. Für westliche Ausländer scheint es unmöglich, in nationalistische Kreise, in denen nicht nur geredet, sondern konkret geplant und auch gehandelt wird, vorzudringen. Exil-Uyghuren auf Besuch in Xinjiang werden sehr genau von der Polizei beobachtet und sind, wollen sie nicht sich selbst, vor allem aber ihre Landsleute vor Ort, gefährden, ebenfalls wohl kaum in der Lage, verlässliches Material über uyghurische Oppositionsgruppen in Xinjiang zu liefern.

Stellenwert. Dies zeigt sich nicht nur in der nach wie vor großen Nachfrage nach türkischen Produkten wie Frauenkleidung, die vor allem von uyghurischen Mekka-Pilgern bei ihrer Rückreise mitgebracht werden, sondern auch in der Begeisterung von Teilen der uyghurischen Intellektuellen für den Staat Türkei. Diese Begeisterung hat sicher zwei Gründe. Zum einen die Politik der Türkei, die sich, teilweise mit Erfolg, als die Heimat aller turk-stämmigen Völker propagiert. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Entstehung neuer Nationalstaaten von Turkvölkern hat dieser Punkt wohl an Bedeutung verloren. Unverändert geblieben ist allerdings das Netzwerk von privaten Kontakten und (halb-)staatlich-türkischen Organisationen, die den zentralasiatischen Besuchern die Türkei von ihrer besten Seite zeigen. Zum anderen gründet die Begeisterung der Uyghuren für die Türkei in ihrer Unkenntnis über die tatsächliche wirtschaftliche, politische und soziale Situation dort. Es gibt wohl nur wenige Uyghuren, die etwas über die galoppierende Inflation und das Kurdenproblem in der Türkei oder auch das Leben in anatolischen Dörfern wissen. Die chinesische Führung betrachtet die Türkei als einen Staat, der Nationalismus und Separatismus unter den Uyghuren schürt. Aus diesem Grund versucht sie, Nachrichten aus der Türkei nicht nach Xinjiang gelangen zu lassen: Türkisches Radio und Fernsehen, oder auch von der Türkei aus gesendete Programme in zentralasiatischen Turksprachen - im ehemals sowjetischen Teil Zentralasiens inzwischen eine Selbstverständlichkeit - werden in Xinjiang systematisch gestört. Sicher trügen diese Programme nicht dazu bei, den Uyghuren ein realistischeres Bild der Türkei zu vermitteln. Aber indem die chinesische Führung jeglichen Kontakt zu unterbinden sucht, erhöht sie das Ansehen des türkischen Staates und gibt diesem damit einen Status, der mit der Realität nur wenig gemein hat. Auch bei Uyghuren, die keineswegs pan-türkisch eingestellt sind und in ihrer eigenen Heimat ein überdurchschnittliches Maß an Kritikvermögen auch an der eigenen Nationalität zeigen, genießt die Türkei ein oft unverständlich hohes Ansehen. Ein Beispiel für einen solchen uyghurischen Intellektuellen ist der junge Schriftsteller Ächtäm Ömär, der sich durch seine harte Abrechnung mit der jüngeren uyghurischen Vergangenheit (während der Kulturrevolution) und negativen Erscheinungen uyghurischen Lebens in der Gegenwart die Gunst vieler in engen nationalen Vorstellungen denkenden Uyghuren verspielt hat. Ende 1992, Anfang 1993 führte ihn eine Reise unter anderem auch in die Türkei, über die er in seinem Reisebericht nur Positives zu berichten weiß.¹ Der kritische Blick, der seine Erzählungen über die Uyghuren in Xinjiang auszeichnet, scheint ihm in der Türkei entweder abhanden gekommen zu sein, oder ihm wurden wenig Einblicke gewährt.

2.4 *Verhältnis der verschiedenen nicht-han-chinesischen Nationalitäten untereinander*

Das relativ geringe Interesse der Uyghuren an den zentralasiatischen Nachbarstaaten ist sicher auch darauf zurückzuführen, daß es in der ehemaligen Sowjetunion keine eigene uyghurische Republik gegeben hatte. Sowohl für die Kasachen als auch für die Kirgisen, möglicherweise auch für die Tadschiken Xinjiangs ist die Orientierung nach Westen, hin zu den neuen Republiken, leicht, weil sie dort, und nicht in Xinjiang, zumindest offiziell, die Bevölkerungsmehrheit stellen und somit einen Staat haben, durch den sie sich repräsentiert fühlen können.

¹ Ächtäm Ömär: *Jiraq qirlardin ana järgä salam* (Grüße an die Heimat von fernen Gestaden), Bejdshing 1994.

Sprachlich und kulturell sind die nächsten Verwandten der Uyghuren die Usbeken. Das Verhältnis zwischen beiden ist aber in verschiedener Hinsicht gespalten. Usbeken sind kultivierter als Uyghuren; das denken sowohl die Usbeken, jedenfalls die in Xinjiang¹, von sich selbst, als auch Teile der Uyghuren von ihnen. Diese Ansicht war es wohl auch, die zu der inzwischen angewachsenen Zahl von "uyghurischen Usbeken" in Xinjiang geführt hat. 1988 (1987?) wurde in Ürümchi die "Wissenschaftliche Gesellschaft für usbekische Sprache und Kultur in Xinjiang" (*Shindshang Özbek Til - Ädäbijat Ilmij Dshäm'ijäti*) gegründet, die sich bemüht, eine usbekische Zeitschrift (in arabischer Schrift) herauszugeben. De facto gibt es heute in Xinjiang keine Usbekischsprecher mehr, und eine sich von der uyghurischen unterscheidende originär usbekische Kultur, so es sie denn jemals gegeben hat, existiert in Xinjiang nicht. Dieses von den "Usbeken" Xinjiangs vertretene Überlegenheitsgefühl stößt allerdings bei vielen Uyghuren auf Widerstand. Im literarisch-kulturellen Bereich gibt es in Xinjiang immer noch die müßige Debatte darüber, ob bekannte tschaghatajische Dichter wie Nava'i, Sakkaki und Lutfi Uyghuren oder Usbeken waren. Beide Nationalitäten beanspruchen sie als Teil ihrer eigenen klassischen Literatur.² Die Sinnlosigkeit dieser Diskussion wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß im 15. Jahrhundert, in dem die genannten Dichter lebten, sich weder die Uyghuren Uyghuren, noch die Usbeken Usbeken nannten. Sowohl Uyghuren als auch Usbeken bedienen sich der nicht-nationalen Vergangenheit, um ihrer nationalen Gegenwart Glanz und Tradition zu verleihen.

Die chinesische Führung in Peking reagierte schockiert, als der neugewählte Präsident Kasachstans, Nursultan Nazarbaev, Ende 1990 in der ersten nationalen Euphorie alle im Ausland lebenden Kasachen aufrief, in die Heimat, d.h. Kasachstan, zurückzukehren.³ Immerhin leben in Xinjiang etwas mehr als eine Million Kasachen. Die uyghurische Reaktion auf diesen Aufruf ist dem Autor nicht bekannt, doch fällt es nicht schwer, sich vorzustellen, daß es viele Uyghuren gerne sähen, gäbe es in Xinjiang keine Kasachen. Das Verhältnis zwischen Uyghuren und Kasachen in Xinjiang ist nicht gut. Die gegenseitigen Vorurteile sind ausgeprägt und dauerhaft. Erst 1919, 35 Jahre nachdem Xinjiang den Status einer regulären chinesischen Provinz erhalten hatte, wurde auch das Gebiet mit dem höchsten kasachischen Anteil, der Regierungsbezirk Altaj (*Altaj vilajiti*), verwaltungsmäßig an Xinjiang angegliedert. Bis dahin war Altaj nominell von der chinesischen Zentralregierung, und nicht von Ürümchi aus, beherrscht worden.⁴ In den 30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts gab es wiederholt kasachische Aufstände gegen die Regierung in Ürümchi (1933, 1937, 1940 und 1943).⁵ Diese Aufstände und Unruhen hatten ihre Ursache in dem Versuch der verschiedenen Regierungen in Ürümchi, sich in die "inneren Angelegenheiten" der stammes- und clanmäßig organisierten Kasachen einzumischen. Es ging dabei nicht um politische oder ideologische Standpunkte. Nach der Ausrufung der "Republik Ostturkestan" im November 1944 in Ghuldsha beteiligten sich die

¹ Die Usbeken sind eine der in China offiziell anerkannten Nationalitäten. Für das Jahr 1986 wurde ihre Gesamtzahl in Xinjiang mit 9.800 angegeben (*Shindshang Jilnamisi* [Statistisches Jahrbuch von Xinjiang], S. 119).

² Für die Uyghuren vgl. den Sammelband *Ujghur Kilassik Ädäbijatidin Nämünilär* (Beispiele aus der klassischen uyghurischen Literatur), Ürümchi 1980.

³ *Süddeutsche Zeitung*, 9.10.1992.

⁴ Ziemann (1984), S. 28.

⁵ Vgl.: Qadiri (o.J.), S. 123ff.; Forbes (1986), S. 137; Ziemann (1984), S. 171 u. 247ff.

Kasachen, die die Bevölkerungsmehrheit in den Regierungsbezirken Tarbaghataj und Altaj stellten, zunächst an den militärischen Aktionen gegen die Regierung in Ürümchi. Im April 1946 kam es allerdings zum Bruch mit den überwiegend uyghurischen und sowjetisch-ausgerichteten Führern der "Republik Ostturkestan", als diese versuchten, eine vereinheitlichte Verwaltung für die drei eroberten Regierungsbezirke zu schaffen und ihre Macht umfassend durchzusetzen. Die Kasachen des Altaj-Gebiets unter ihrem Führer Osman Batyr zogen sich in die Berge zurück und verübten Überfälle sowohl auf die neue revolutionäre Führung in Ghuldsha als auch in den von Ürümchi beherrschten Gebieten. Auch nach der "Befreiung" Xinjiangs leitete Osman Batyr bis Anfang 1951 weiter den kasachischen Widerstand gegen die nunmehr sozialistische Regierung in Ürümchi. Nachdem er sich mit seinen Anhängern zuerst in die Berge nördlich von Qumul und dann über Lop Nor und das Quruq Tagh-Gebirge bis nach Qinghai hatte zurückziehen müssen, wurde er dort am 1. Februar 1951 gefangengenommen, nach Ürümchi gebracht und dort als "Konterrevolutionär" öffentlich hingerichtet. Daß die neue chinesische Führung den Kasachen wenig Vertrauen entgegenbrachte, zeigte sich auch darin, daß, abgesehen von den Uyghuren, die Kasachen in Nord-Xinjiang die letzten waren, denen eine autonome Verwaltungsstruktur zugestanden wurde. Erst am 29.11.1954 wurde der "Autonome Kasachische Bezirk Ili" (*Ili Qazaq Aptonom Oblasti*) mit der "Hauptstadt" Ghuldsha eingerichtet. Die Bezeichnung "Ili" ist irreführend, umfaßt die Region doch nicht nur das Ili-Tal, sondern vielmehr alle drei Regierungsdistrikte Nord-Xinjiangs (Ghuldsha, Tarbaghataj und Altaj) und ist damit deckungsgleich mit dem Gebiet der "Revolution der drei Regierungsdistrikte" (*Ütch Vilajät Inqilabi*). Diese verwaltungsmäßige Einteilung ist ein Grund für die heutigen "Animositäten" zwischen Kasachen und Uyghuren. Die Kasachen machen nur etwa ein Viertel der Bevölkerung des Bezirks aus (793.445 von insgesamt 3.064.418 Einwohnern; Hanchinesen: 1.380.486; Uyghuren: 504.269 [Stand 1986]). Da sie nach wie vor hauptsächlich Viehzüchter sind, ist ihr Anteil in den Städten der Region noch weit geringer (Ghuldsha: 237.246 Einwohner, davon etwa 120.000 Uyghuren, 80.000 Hanchinesen und nur knapp 10.000 Kasachen; Tchötchäk: 120.651 Einwohner, davon 78.285 Hanchinesen, 18.338 Kasachen, 4.731 Uyghuren; Altaj: 168.978 Einwohner, davon 103.006 Hanchinesen, 53.208 Kasachen, 4.470 Uyghuren [Stand 1986]).¹ Durch die Einführung der autonomen Verwaltungsstruktur wurden wichtige Funktionen und Einrichtungen in dem Bezirk kasachisiert: Sowohl die politische Führung als auch untergeordnete Posten wurden mit Kasachen besetzt, Kasachisch wurde, neben Chinesisch, zur offiziellen Sprache des Bezirks erklärt, was zur Folge hatte und hat, daß amtliche Bekanntmachungen nur auf Kasachisch und Chinesisch erscheinen, der örtliche Rundfunk auf Kasachisch sendet, kasachische Schulen gegenüber uyghurischen bevorzugt eingerichtet und behandelt, Straßennamen nur auf Kasachisch und Chinesisch angegeben werden usw. Durch diese Maßnahmen fühlten und fühlen sich viele Uyghuren, vor allem in Ghuldsha, diskriminiert. Den Kasachen wird von uyghurischer Seite unterstellt, sie hätten diese Rechte nur durch Lohhudelei und kriecherisches Verhalten gegenüber der hanchinesischen Führung eingeräumt bekommen. Dieser Vorwurf könnte umgekehrt natürlich auch gegenüber uyghurischen Amtsträgern in Süd- und Ost-Xinjiang erhoben werden. Die Unterstellung ist in beiden Fällen gleich berechtigt bzw. gleich fraglich. Die gegenseitigen Vorurteile zwischen Kasachen und Uyghuren sind auch an der Xinjiang University in Ürümchi deutlich zu spüren. Kasachische und uyghurische Studenten und

¹ Die Zahlen stammen aus dem statistischen Jahrbuch für Xinjiang (*Shindshang Jilnamisi*) von 1986.

Studentinnen haben nur sehr wenig Kontakt. Es gibt fast keine Kasachen, die in uyghurischen Klassen studieren und keine Uyghuren, die die kasachischen Klassen an der Sprach- und Literaturfakultät besuchen. In den meisten Fällen sind die Schlafräume ebenfalls nicht gemischt, sondern nach Nationalitäten getrennt (bis Herbst 1989 jedenfalls). Für Nicht-Kasachen und Nicht-Uyghuren ist es schwierig, Freundschaften mit Angehörigen beider Nationalitäten zu pflegen. In den Jahren 1988 und 1989 gab es, vor allem unter Alkoholeinfluß, wiederholt Zusammenstöße zwischen kasachischen und uyghurischen Studenten, innerhalb des Campus und auch außerhalb. In einem Fall erlag ein Student den Verletzungen, die er bei einer Messerstecherei in alkoholisiertem Zustand erlitten hatte. Diese Vorfälle veranlaßten die Universitätsleitung, zum einen Alkohol auf dem Campus zu verbieten, zum anderen eine Kampagne zur Völkerfreundschaft unter den Minderheitenstudenten der Universität durchzuführen.

Die verbalen und tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Uyghuren und Kasachen sollen seit Anfang der 90er Jahre zurückgegangen sein. Vor allem von uyghurischer Seite wird betont, man habe begriffen, daß der "Feind" nicht die Kasachen sind, sondern die immer größere Zahl von Hanchinesen, die nach Xinjiang, und vor allem nach Nord-Xinjiang, strömen.

1994 sollen führende kasachische Vertreter aus Xinjiang bei der Nationalitätenkommission in Peking den Vorschlag gemacht haben, die verwaltungsmäßige Einteilung Xinjiangs zu ändern. Mit der Unterstützung von Hanchinesen soll es ihnen gelungen sein, die Frage einer Zweiteilung Xinjiangs offiziell diskutieren zu lassen: Der "Autonome kasachische Bezirk Ili" sollte, ihrem Vorschlag zufolge, nicht mehr ein Teil der "Autonomen Region Xinjiang Uyghur" sein, sondern in den gleichen administrativen Rang erhoben werden - aus dem Oblast (Bezirk) sollte ein Rajon (eine Region) werden. Dieser Vorschlag sei aber nicht nur von der chinesischen Führung, sondern auch von den Uyghuren kategorisch zurückgewiesen worden. Da weder in der Presse noch im Fernsehen über diesen Vorstoß berichtet wurde, ist es nicht möglich, den Wahrheitsgehalt dieser Angabe zu überprüfen. Allein schon die Tatsache aber, daß solche Gerüchte in Xinjiang kursieren, verdeutlicht, daß es um das kasachisch-uyghurische Verhältnis nach wie vor nicht zum Besten bestellt ist.

2.5 Schul- und Bildungspolitik

Ein Problem, das die Mehrheit der Uyghuren Xinjiangs in weit größerem Maße beschäftigt und viel direkter betrifft als das Verhältnis zwischen den verschiedenen lokalen Nationalitäten in Xinjiang, ist das Problem der schulischen, universitären und beruflichen Ausbildung. In der VR China, und somit auch in Xinjiang, ist der Schulbesuch nach wie vor kostenlos. Jeder hat das Recht auf Bildung. Im Zuge der wirtschaftlichen Öffnung hat sich allerdings eine Situation ergeben, in der der Anspruch auf Chancengleichheit bei der Schulbildung immer mehr und immer offener untergraben wird. Mit dieser Situation sind nicht nur die Uyghuren und andere lokale Nationalitäten Xinjiangs konfrontiert, sondern auch die Hanchinesen. Der Unterschied zwischen ihnen und den Erstgenannten besteht darin, daß für die Kinder lokaler Nationalitäten grundsätzlich die Möglichkeit besteht, die Minderheiten-Schule zu besuchen oder die chinesische. Minderheiten-Schulen sind solche, in denen der gesamte Unterricht in der nationalen Muttersprache abgehalten wird. Chinesisch kommt später hinzu, wird aber nicht als Fremdsprache gewertet. Vor allem in größeren Städten wie Ürümchi gibt es zumindest für Uyghuren

diese Wahlmöglichkeit auch schon für den Kindergarten. Es ist fast überflüssig zu sagen, daß es keine hanchinesischen Kinder gibt, die uyghurische Kindergärten oder Schulen besuchen. Für viele uyghurische Eltern ist die Entscheidung darüber, ob ihr Kind eine uyghurische oder eine chinesische Schule besuchen soll, nicht einfach. Zwei Faktoren sind es, die es dabei hauptsächlich zu berücksichtigen gilt. Erstens: Der Unterricht an chinesischen Schulen ist besser, die Schüler erhalten nicht nur eine bessere fachliche Ausbildung, sondern lernen schneller und besser Chinesisch - eine unerläßliche Voraussetzung für späteres berufliches Vorwärtkommen. Außerdem lernen sie bereits ab der vierten (fünften?) Klasse eine Fremdsprache, in Xinjiang in der Regel Englisch (früher auch Russisch). Fremdsprachenkenntnisse sind seit der wirtschaftlichen Öffnung der Volksrepublik von immer größerer Bedeutung. Außerdem ist die gute (schriftliche) Beherrschung einer Fremdsprache Zulassungsvoraussetzung für den sich an das normale Studium anschließenden Magisterstudiengang. Zweitens: Der Besuch einer guten Schule, und das sind in den meisten Fällen chinesische Schulen, ist, auch ohne Schulgeld, teuer.

Vor allem in Ürümchi und den großen Städten Ost- und Nord-Xinjiangs besteht für uyghurische Kinder, die chinesische Schulen besuchen, die Gefahr, nur noch wenig mit einem uyghurischen Umfeld in Berührung zu kommen. Der Lernaufwand ist für sie, verglichen mit dem hanchinesischer Kinder, die zumindest die Sprache schon können, viel größer. Außerdem, und wichtiger noch als der große Lernaufwand, ergibt sich für diese uyghurischen Kinder das Problem der Akzeptanz, in der Klasse und in der Freizeit. Oft werden sie weder von ihren hanchinesischen Klassenkameraden, noch von ihren, die uyghurische Schule besuchenden Altersgenossen akzeptiert. Nicht nur sprachlich sitzen sie zwischen den Stühlen; sie können sich weder in einem hanchinesischen noch in einem uyghurischen Umfeld natürlich bewegen. Sprachlich und teilweise auch kulturell "chinesisch" aufgewachsene Uyghuren (und Angehörige anderer lokaler Nationalitäten) werden in Xinjiang abfällig als *minkouhan* (einer, der die Volkssprache - hier Chinesisch - spricht) bezeichnet.

Abgesehen von dem Problem der kulturellen und nationalen Identität für die Kinder bedeutet der Besuch einer guten Schule für die Eltern eine finanzielle Belastung. Von uyghurischen Eltern wurde dem Autor wiederholt erzählt, daß Schulen dann besondere finanzielle Zuwendungen vom Staat erhalten, wenn sie ein Programm bieten, das sich von anderen Schulen absetzt. Ein solches Programm bezieht sich nicht auf den festgelegten Lehrplan, sondern auf besondere Veranstaltungen wie Tanzgruppen, Sportveranstaltungen, Ausflüge usw. Von der Schulleitung wird deshalb erwartet, daß die Eltern die dafür anfallenden Mehrkosten tragen. Für Eltern, bei denen nur ein Ehepartner ein staatliches Gehalt bezieht, wird es immer schwieriger, das Geld für diese Mehrkosten aufzubringen. Der Besuch einer nicht als gut bekannten Schule ist keine wirkliche Alternative. Weder Schulleitung noch Behörden scheinen an derartigen Schulen den gesetzlich vorgeschriebenen Schulbesuch zu kontrollieren. Die Folge davon ist, daß die Zahl der Kinder, die gar keine Schule besuchen, wächst. Das Unterrichtsniveau an "normalen" Schulen verschlechtert sich ständig. Dem Autor sind Fälle von uyghurischen Schülern in Süd-Xinjiang bekannt, die auch nach zwei Jahren Chinesischunterricht nicht einen einzigen chinesischen Satz sagen konnten. Für Kinder, die "normale" Schulen besuchen, stehen die Chancen sehr schlecht, später die Aufnahmeprüfung an die Universität oder an eine Fachhochschule zu bestehen. Die Mehrheit von ihnen bleibt nach Abschluß der Schule im

heimatlichen Dorf und arbeitet, wie der Großteil der uyghurischen Landbevölkerung, als Bauer oder versucht sich im lokalen Kleinhandel. Die überwiegende Mehrheit der vor allem aus Süd-Xinjiang nach Ürümchi gezogenen und dort in einem halblegalen Status lebenden Kebap-Brater, Köche, Handlanger und Händler hat eine abgebrochene oder auch abgeschlossene "Karriere" an einer derartigen "normalen" Schule hinter sich. Der Anteil von Voll- oder Halbanalphabeten unter ihnen ist überraschend hoch. Ungeachtet ihrer mangelhaften oder völlig fehlenden schulischen Bildung haben es manche von ihnen zu erstaunlichem Reichtum gebracht. Für Schüler und Studenten sind sie ein fatales Beispiel, das deutlich macht, daß materieller Wohlstand nichts mit Bildung zu tun hat. Neben der oben erwähnten Tatsache, daß die meisten der uyghurischen Universitätsabgänger in ihre Heimatorte zurückbeordert werden, ist es das "Vorbild" des Kaufmanns, Händlers oder Wirtshausbesitzers, der es ohne gute schulische Bildung zu Wohlstand und damit auch zu gesellschaftlicher Akzeptanz gebracht hat, das sich negativ auf den Wissensdurst von Schülern und Studenten auswirkt. Zumindest unter den Uyghuren gilt inzwischen derjenige, der Geld für unwichtig hält und sich nicht bemüht, möglichst viel Geld zu verdienen, sondern sich hehren Idealen und wissenschaftlichem Forschen verschrieben hat, als nicht ganz zurechnungsfähig und verrückt. Neben der gesellschaftlichen Anerkennung im uyghurischen Umfeld, bedeutet für viele Uyghuren Reichtum auch, daß der Reiche es geschafft hat, sich gegenüber den größten nicht-uyghurischen Konkurrenten - den Hanchinesen - durchzusetzen. Und so bedeutet Reichtum bei den (städtischen) Uyghuren immer auch nationaler Stolz ("Denen haben wir's gezeigt!"), der leicht in verbalen Nationalismus ableitet. Gerade weil sie es geschafft haben, sich ohne staatlich, d.h. hanchinesisch organisierte Bildung nicht nur zu behaupten, sondern sogar einen angesehenen Platz in der uyghurischen Gesellschaft einzunehmen, sei es - so klagen uyghurische Intellektuelle immer wieder - reichen uyghurischen Händlern nicht verständlich zu machen, daß sie sich für bessere Bildungschancen uyghurischer Kinder engagieren sollten, beispielsweise durch Einrichtung von Stipendien etc. Ein Grund, weshalb reiche Uyghuren sich weigern, sich im Bildungsbereich zu engagieren, ist sicher auch, daß ein derartiges Engagement ohne die Zusammenarbeit mit dem staatlichen Bildungsapparat, egal ob dieser durch Uyghuren oder Hanchinesen repräsentiert wird, nicht möglich ist. Eine Zusammenarbeit mit dem chinesischen Staat käme aber dessen Anerkennung gleich. Da aber vor allem die im Ausland ansässigen und tätigen uyghurischen Vereinigungen die Herrschaft des hanchinesischen Staates über, wie sie es nennen, Ostturkestan, nicht anerkennen und eine Zukunft für die Uyghuren nur in einem unabhängigen Staat gewährleistet sehen, wird sich an der schlechten Bildungssituation für uyghurische Schüler und Studenten in Xinjiang auf absehbare Zeit nichts ändern. Uyghurische Organisationen im Ausland, vor allem in der Türkei und in Saudi Arabien, haben sich in ihrer Propaganda einem einfachen Gegensatzdenken verschrieben: Uyghuren gegen Hanchinesen; entweder Uyghuren oder Hanchinesen. Die von ihnen veranstalteten Konferenzen, Seminare etc. dienen lediglich dazu, ihren Forderungen in der "außer-chinesischen Welt" eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Für die in Xinjiang selbst lebenden Uyghuren sind derartige Veranstaltungen im besten Fall ohne Belang. Sie tragen nichts zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Uyghuren in Xinjiang bei.

Die Bildungssituation in Xinjiang wird sich noch verschlechtern, wenn die Regierung in Peking den unter Uyghuren als Gerücht kursierenden Plan einer Hochschulreform in die Realität umsetzt. Diesem Plan zufolge sollen die Hochschulen in der VR China teilweise privatisiert werden. Lediglich

100 Hochschulen im ganzen Land sollen weiterhin als eine Art Eliteuniversitäten in staatlicher Hand bleiben und von diesem weiterfinanziert werden. In Xinjiang, dessen Hochschulen wohl kaum auf dem Niveau der Universitäten im Osten und Süden Chinas sind, würde das mit großer Wahrscheinlichkeit bedeuten, daß lediglich die Xinjiang University als staatlich finanzierte Hochschule beibehalten würde. Ob sich für die vielen anderen Hochschulen der Provinz private Träger fänden, ist fraglich. Doch auch in diesem Fall bedeutete eine private Trägerschaft sicher die Einführung von Studiengebühren, was sich große Teile der uyghurischen Bevölkerung wohl kaum leisten könnten. Auch wäre der Zugang zur dann Eliteuniversität Xinjiang University sicher nur nach dem Abschluß einer als gut bekannten Schule möglich. Die Schwierigkeiten, die für Schüler und Eltern mit dem Besuch einer derartigen Schule verbunden sind, wurden oben bereits beschrieben.

Ausblick

Die chinesische Regierung scheint entschlossen, das "Xinjiang-Problem" wirtschaftlich und biologisch zu lösen. Wirtschaftlich durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen allein zum Vorteil der Zentralregierung, biologisch durch den massiven Zuzug von Hanchinesen, der die lokalen Nationalitäten der Provinz zu einer zahlenmäßig immer weniger ins Gewicht fallenden Größe macht. Diese Politik ist besonders fatal für die ohnehin schon kleine Gruppe uyghurischer Intellektueller, die sich nicht in die Kategorien "uyghurischer Nationalist" oder "Anhänger und Verteidiger der gegenwärtigen Pekinger Politik" einzwängen lassen will. Solange die Sinisierungspolitik Pekings anhält, wird es kaum möglich sein, zu einer Verständigung zwischen Uyghuren und Hanchinesen auf der Grundlage politischer Konzepte wie etwa Demokratie zu kommen. Bei der durch das Massaker von Anfang Juni 1989 in Peking zerschlagenen Demokratiebewegung wurde dies deutlich. In Ürümqi kam es damals zwar zu vereinzelt Demonstrationen und Mahnwachen, doch waren die Teilnehmer daran fast ausschließlich Hanchinesen. Die Tatsache, daß einer der maßgeblichen Führer der Bewegung ein in Peking aufgewachsener Uyghure namens Örkäsh war, der im Westen unter seinem "chinesischen" Namen Wuer Kaixi bekannt wurde, erweckte bei vielen Uyghuren in Xinjiang Gefühle nationalen Stolzes: "Endlich einer, der es den Chinesen zeigt!" Daß dieses Gefühl allerdings in keinerlei Zusammenhang mit dem Anliegen der Demokratiebewegung stand, war für diese Uyghuren unwichtig. Angesprochen darauf, ob sie sich denn nicht für die Ziele der Bewegung interessierten oder diese unterstützen, war die Antwort vieler Uyghuren, daß dies eine Angelegenheit der Chinesen sei. Sie, die Uyghuren, würden das nicht unterstützen, weil es ja auch keine Hanchinesen gebe, die für die Sache der Uyghuren eintreten.

Solange die Fronten in Xinjiang zwischen den Nationalitäten verlaufen, wird sich auch in Zukunft nichts zum Besseren wenden.